

Sand im Getriebe 126

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Weltsozialforum 2018: **Widerstand heißt Aufbau** **Widerstand heißt Veränderung**



Frankreich, 17. Januar 2018: Der Großflughafen im Westen Frankreichs (Notre-Dame-Des-Landes) wird nicht gebaut! [Reporterre](#)



Deutschland, 1. Februar: Warnstreiks in 100 Betrieben



Demonstration am 20.1.2018 in Frankfurt a.M. (Quelle: Friedensratschlag)

Gustave Massiah und Sergio Ferrari zur Bedeutung des WSF 2018 in Brasilien	3
Conrad Schuhler: Davos und Trump	7
Frankreich: Großflughafen (in Notre-Dame-des-Landes) wird nicht gebaut / Berichte, Erklärungen der CGT, des europäischen Attac-Netzwerks u.a.m.	8
Martine Bulard: Frankreich: Die alten Rezepte sind gescheitert	13
Werner Rügemer zur „Europäischen Säule sozialer Rechte“	15
Alter Summit zur Arbeitszeitverkürzung (IG-Metall)	17
Werner Rügemer: Arbeitsunrecht in Deutschland und in der EU	18
Attac Österreich: Regierungsprogramm der Unsicherheit und Ausbeutung	21
- Günter Küsters: Bayer-Monsanto-Fusion und die Rolle von BLACKROCK - Aktionen gegen einzelne Konzerne	23
Pro Asyl: Deutscher Bundestag verabschiedet inhumanes Gesetz	24
Kampagne „Binding treaty“	25
S. Guimarães: Die EU und das Ende des Mercosur	26
„Frieden statt Aufrüstung – Nein zum Krieg!“ - gegen die NATO-„Sicherheits“-Konferenz in München Kurzberichte aus der Friedensbewegung Bomben aus abgereichertem Uran	28
Palästina: AlterSummit zu Jerusalem u.a.m.	30
Norman Paech: Krieg gegen Afrîn - Am großen Tisch des Syrien-Pokers	31
Lesehinweise – Europa-Kongress im Oktober 2018	32

Widerstand - Aufbau - Veränderung

Ein von den unsäglichen **Großprojekten** in Frankreich hat die französische Regierung aufgegeben: der Flughafen in der Nähe von Nantes (**Notre-Dame-Des-Landes**) wird nicht gebaut.

Das ist der Erfolg des langjährigen Beharrens und Zusammenhaltens der von Enteignung betroffenen Landwirtinnen und Landwirte, Umweltschützer, Gewerkschaftsmitglieder, Gegner von Großprojekten – und dies trotz Verhaftungen, Vertreibungen, Prozesse.

Ihre „Waffen“? Entschlossenheit, große Sachkompetenz, Einfallsreichtum und Solidarität, aber auch Festessen, alternative Kultur und eine gute Portion Humor.

„**Wir sind keine Söldner**“ erklärten die bei VINCI beschäftigten Bauarbeiter und verlangten die Einstellung des Projekts. *„Die CGT-Gewerkschaftsgruppen im VINCI-Konzern wollen zeigen, dass sie an ihrer gewerkschaftlichen Tradition festhalten, die Produktion in ihren Bau- und Transportindustrien zu kontrollieren und über deren Entwicklung zu wachen. Unsere Richtschnur bleibt somit der gesellschaftliche Nutzen der Produktion, die Gestaltung unserer Regionen, das Wohlergehen der Beschäftigten, die das Leben in den Regionen sicherstellen, sowie die Stabilität unserer Arbeitsplätze: Darin besteht der eigentliche Sinn des Wortes Fortschritt.“*

Wir berichten über Aktivitäten gegen die Macht der Konzerne bzw. der ihnen so wohlgesonnenen Regierungen: für eine **Arbeitszeitverkürzung** (IG Metall), gegen die **Fusion Bayer-Monsanto**, für ein verbindliches Abkommen (**Binding Treaty**) der Regierungen auf der UN-Ebene zum Vorrang der Menschenrechte in der Wirtschaft; wir berichten auch über **Aktionen gegen Arbeitsunrecht**, über die Ablehnung des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und **Mercosur**.

Aus **Frankreich** und **Österreich** erheben sich Kritiken gegen die jeweilige Regierung – nicht nur wegen der **„Steuergeschenke für Reiche und Konzerne“**.

Zu der **„Europäischen Säule sozialer Rechte“** stellt Werner Rügemer fest: Die kollektiven Arbeits-, Tarif- und Gewerkschaftsrechte und z.B. der Schutz der Betriebsräte fehlen in der „Europäischen Säule“ ganz, die sozialen Rechte sind sehr unverbindlich definiert und sind ein Rückschritt z.B. gegenüber den ILO-Bestimmungen.

Das **Weltsozialforum** (Gegenpol zu **Davos**) findet im März in Brasilien statt, in einem Kontext von Konterrevolutionen und von erstarkten Widerständen der Bürger- und Sozialbewegungen (Gustave **Massiah**). *„Die Bürger- und sozialen Bewegungen stehen vor der Herausforderung, Politik und Macht neu definieren zu müssen,“* und eine Strategie neu zu entwickeln. Dazu gehören auch Antworten auf der wachsenden **Militarisierung**, insbesondere auf dem Agieren der **NATO**, Antworten auf den Völkerrechtsverletzungen (**Türkei, Israel**) und die Suche nach einem dauerhaften Frieden und Wohlergehen.



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:

Eintragung online (rechte Spalte!) : <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

Das Inhaltsverzeichnis aller Nummern und Sondernummern steht auch [hier](#) zur Verfügung.

Gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung in Deutschland per Mail** an sig-abo@gmx.de.
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft

Bis zur Nr. 117: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften

Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

Weltsozialforum in Brasilien (Salvador da Bahia), 13.-17. März 2018

Widerstand heißt Aufbau, Widerstand heißt Veränderung



<https://wsf2018.org/en/>

Vom 13. bis 17. März 2018 findet in Salvador da Bahia das vierzehnte Weltsozialforum (WSF) statt.

Das WSF 2018 findet in Salvador da Bahia statt und umfasst Seminare, Plenarsitzungen, Workshops, kulturelle Veranstaltungen und Konferenzen. Es wird Aufmärsche und Darbietungen in der ganzen Stadt geben. Solidaritätsnetzwerke werden die Teilnehmer und auch die akademische Gemeinschaft empfangen und begleiten.

Hauptveranstaltungsort wird die Bundesuniversität von Bahia (UFBA) sein, doch das WSF wird sich über öffentliche, kulturelle und dezentrale Gebiete der Stadt erstrecken. Es wird ein Camp für Jugendliche geben. Um teilzunehmen, bemühen sich von nun an soziale Bewegungen, Gruppen und Organisationen, ihre Delegationen vorzubereiten, und jeder kann Teilnehmer aus anderen Teilen der Welt unterstützen und so zu einem Solidaritätsfonds beitragen oder direkt diejenigen einladen, die die Reisekosten nicht aufbringen können.

Anmeldungen: <https://wsf2018.org/en/cadastro/>

Nur Gemeinschaften oder Organisationen wird es möglich sein, Veranstaltungen einzureichen, die Teil des Forumprogramms werden. Diese Veranstaltungen werden selbständig organisiert. Daher sollte jede Organisation selbst anhand ihrer eigenen Mittel und Vorgehensweisen die Redner benennen und sich um ihre Anwesenheit in Salvador kümmern.

Nach einem intensiven Dialogprozess in der brasilianischen Gemeinschaft und auf internationalen Konsultationen wurden 19 thematische Achsen für das WSF 2018 festgelegt.

- Abstammung, Land und Territorialität
- Kommunikation, Technologie und freie Medien
- Widerstandskultur
- Demokratien
- Demokratisierung der Wirtschaft
- Entwicklung, soziale und Umweltgerechtigkeit
- Recht auf Stadt
- Menschenrechte
- Wissenschaft und Bildung, für die Emanzipation und Souveränität der Menschen
- Feminismus und Kämpfe der Frauen
- Zukunft des WSF
- LGBTQI+ und Geschlechtervielfalt
- Antikoloniale Kämpfe
- Migration
- Arbeitswelt
- Eine Welt ohne Rassismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit
- Frieden und Solidarität
- Indigene Völker
- Schwarzes Leben zählt

Gustave Massiah

WSF 2018 in Brasilien: „Widerstand heißt Aufbau - Widerstand heißt Veränderung“

25.10.2017

(Auszüge; Übersetzung: SiG-Redaktion)

Entschieden Widerstand leisten

Die **altermondialistische** Bewegung ist aus der Kritik am Neoliberalismus entstanden, einer Phase der kapitalistischen Globalisierung ab Ende der 1970er Jahre. Die altermondialistische Bewegung hat schon mehrere Phasen durchlaufen: **Ende der 1970er** Jahre die Kämpfe gegen Schulden und gegen die Strukturanpassungsprogramme, ab **1989** die Mobilisierungen gegen Kriege, insbesondere im Irak, und gegen die neuen Weltinstitutionen Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und vor allem die Einrichtung der Welthandelsorganisation (WTO), **ab 2000** die Weltsozialforen.

2008 beginnt eine neue Periode, die eine Erneuerung der altermondialistischen Bewegung und des Weltsozialforums erfordert. Ab 2008 offenbart sich durch die Finanzkrise eine **Krise des Neoliberalismus** und ein Bruch in der Entwicklung des Kapitalismus mit **zwei möglichen Auswegen**: eine Erneuerung des Kapitalismus durch die Kommodifizierung des Lebens und der Natur, durch die Digitalisierung und die Biotechnologien, durch Privatisierung und Finanzialisierung oder ein Ausstieg aus der kapitalistischen Produktionsweise als beherrschende Produktionsweise. Dieser Ausstieg aus dem herrschenden Kapitalismus zieht nicht zwangsläufig eine gerechtere Produktionsweise nach sich. Die Überwindung des Kapitalismus führt nicht automatisch zum „Sozialismus“, sondern kann zu einer von Ungleichheit und Repression geprägten Gesellschaftsform führen.

Schon **2011** haben die Menschen auf die Krise des Kapitalismus mit Volksaufständen reagiert, die man als revolutionär bezeichnen kann: Es gab in einer Reihe von Ländern viele Massenbewegungen mit Millionen Menschen. Denken wir an den arabischen Frühling in Tunis und Kairo, die Indignados in Südeuropa, Occupy in London und New York, die chilenischen Studierenden, den Taksim-Platz in Istanbul, die roten Quadrate in Quebec, die Regenschirmbewegung in Hongkong, die „einfachen Menschen“ in Neu-Delhi ... Man findet immer wieder die gleichen Forderungen und Ansichten: Ablehnung der Armut, der Ungleichheit und Diskriminierungen, Forderung nach Freiheit und Ablehnung der Repressionen, die Vorstellung, dass die Demokratie neu erfunden werden soll, dass es

dringende ökologische Probleme gibt. Und überall die Ablehnung der Korruption, die Kritik an der Verschmelzung von Politik und Finanzwelt, wodurch die Autonomie der Politik aufgehoben wird und die zu einem grundlegenden Misstrauen der Menschen gegenüber den politischen Instanzen führt.

2013 beginnen die Konterrevolutionen mit dem Erstarren von sicherheitspolitischen, rassistischen und ausländerfeindlichen Ideologien. Der Neoliberalismus verschärft seine Herrschaft und verstärkt sein Sicherheitssystem mit Repressionen und Staatstreichern. Die Bürger- und sozialen Bewegungen geraten in eine defensive Position. Sozialer, demokratischer, politischer und ideologischer Widerstand ist notwendig.

Widerstand heißt Aufbau und Aufbau heißt Widerstand

Eine Strategie wird durch das Zusammenspiel von Antworten auf dringende Probleme mit dem Aufbau eines alternativen Projekts bestimmt.

Eine solche Strategie hat die altermondialistische Bewegung als Antwort auf die Finanzkrise von 2008 entwickelt. Das **WSF in Belem** ist ein Beispiel. Das Forum hat ein Programm entwickelt, als Antwort auf dringende Fragen: Kontrolle der Finanzmärkte, Abschaffung der Steueroasen, Tobin-Steuer, Maßnahmen angesichts der Klimaerwärmung, Umverteilung ... Solche Maßnahmen finden sich wieder im Programm einer UN-Kommission unter dem Vorsitz von Joseph Stiglitz und Amartya Sen wie auch im „Green New Deal“. Diese Vorschläge wurden nicht umgesetzt, sie haben die Verschärfung des Neoliberalismus nicht verhindert.

Aber in Belem haben vielfältige Bewegungen, Frauen, Bauern, Umweltschützer, indigene Völker – vor allem aus Amazonien –, ihre Stimme erhoben, um zu betonen: Wenn die Beziehung zwischen Mensch und Natur in Frage gestellt wird, dann handelt es sich nicht allein um eine Krise des Neoliberalismus, ja des Kapitalismus, sondern um eine Krise der Zivilisation – einer Zivilisation, in der seit 1492 die unbegrenzte Ausbeutung der Natur und des Planeten eine feste Größe der modernen Wissenschaften ist. In Belem liegt der **Ursprung eines alternativen Projekts** – eines sozialen, ökologischen, demokratischen, aber auch politischen und geopolitischen Umbaus. Dieser Umbau fußt auf neuen Konzepten und Begriffen: Commons,

gesellschaftliches Eigentum, Buen Vivir, radikale Demokratisierung der Demokratie ...

Die Idee des Umbaus wird hiermit erneuert, es handelt sich nicht um einen allmählichen und reformistischen Prozess; sie schließt die Notwendigkeit von Bruch und Revolution ein. Sie hinterfragt aber die Vorstellung eines Umsturzes, bei dem einfach die Staatsmacht erobert wird. Sie geht davon aus, dass die Gesellschaftsverhältnisse zur Überwindung des Kapitalismus schon im Keim in den gegenwärtigen Gesellschaften vorhanden sind, so wie die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse sich innerhalb der feudalen Gesellschaft gebildet haben. Welche sind also in den gegenwärtigen Gesellschaften die aufkommenden Gesellschaftsverhältnisse, die zur Transformation verhelfen könnten?

Widerstand heißt Veränderung

Widerstand heißt Schritt für Schritt kämpfen, heißt auch aufzeigen, dass Fortschritte durch eine neue Praxis und neue politische Entscheidungen – so begrenzt sie auch sind – möglich sind. Damit wird die Bestrebung des Kapitalismus unterminiert, als alleiniger Träger des Fortschritts und der Modernität aufzutreten.

Der **Kapitalismus** befördert Modernisierung, aber es handelt sich – wie Gramsci es schon unterstrichen hatte – um eine **rückschrittliche Modernisierung**. Die altermondialistische Bewegung hat den Beweis dafür schon zu Beginn des Neoliberalismus von Frau Thatcher bekommen, die wegen ihres Ausspruchs „There Is No Alternative“ den Beinamen „Frau TINA“ erhielt, und diese aggressive Losung mit der Parole „Eine andere Welt ist möglich“ beantwortet – es gibt bessere Alternativen.

Wir stellen fest, dass der Kapitalismus sich mit der Kontrolle der Digitalisierung und der Biotechnologien einen Modernisierungsschub verschafft. Aber die Auseinandersetzungen laufen, denn die Großunternehmen plündern und behindern mögliche Fortschritte, und die Themen gehen nicht aus: freie Software, Whistleblower, öffentliches Gesundheitswesen, Klimaerwärmung, Biodiversität, Extraktivismus und vieles mehr. Zwei Konzepte der Modernität prallen aufeinander, einerseits das der Kommodifizierung und Finanzialisierung, andererseits das des Respekts vor der Natur und der Entwicklung der individuellen und kollektiven Grundrechte.

Wer sind die Akteure der Transformation?

Arbeiterklasse und Bauernschaft einerseits, die Bourgeoisie andererseits sind weiterhin die entscheidenden gesellschaftlichen Klassen. Aber es gibt schon neue Klassen. Auf der Seite der Herrschenden findet man die „Fachleute“, die sich in die Finanzbourgeoisie integrieren wollen und sich nicht damit zufrieden geben, Diener der Aktionäre zu sein. Sie müssen auch die Masse der hochqualifizierten Menschen berücksichtigen, von denen viele arbeitslose Hochschulabsolventen sind. Auf der anderen Seite sind Angehörige der unteren Klassen vorwiegend mit Prekarität konfrontiert. Der Begriff Prekariat dient der Kennzeichnung eines gesellschaftlichen Status. Die noch fest angestellten Arbeiter müssen sich mit den Destabilisierungsmaßnahmen des Managements in den Betrieben auseinandersetzen. Die mit Prekarität konfrontierten Schulabgänger suchen ihren Platz in der Gesellschaft. Die Menschen, die diskriminiert werden, u. a. aus rassistischen Gründen, werden in Armenvierteln untergebracht. Migranten und Geflüchtete bilden eine unsichere Masse, die neue „gefährliche Arbeiterschaft“.

Die Bürger- und sozialen Bewegungen stehen vor der Herausforderung, **Politik und Macht neu definieren** zu müssen. Sie sind die direkten Akteure des Widerstands und der Alternativen für den Aufbau einer anderen möglichen Welt. Jede Bewegung muss ihre **Strategie** angesichts der neuen Situation erneut definieren. Jede Bewegung muss in ihrer Strategie eine internationale Dimension entwickeln, als Antwort auf die herrschende Globalisierung, die der neoliberalen Phase des Kapitalismus. Die altermondialistische Bewegung baut auf die Strategie der Bewegungen und deren internationale Dimension.

Widerstand, Aufbau und Veränderung

Wir müssen auf die aktuelle Situation eingehen, um die Auswirkungen einer **Phase der Konterrevolution** richtig abzuschätzen. Wir durchleben zurzeit mehrere konservative Konterrevolutionen: die neoliberale Konterrevolution, die der alten Diktaturen, die des islamischen Konservatismus, die des hinduistischen Konservatismus. Das erinnert daran, dass die revolutionären Phasen meistens kurz sind und oft gewaltsame und viel längere Konterrevolutionen nach sich ziehen. Aber die Konterrevolutionen tilgen nicht die Revolutionen und das

Neue schreitet weiter voran und taucht in neuen Formen auf. **Die Rechte und die extreme Rechte** führen schon seit Ende der 1970er Jahre einen Kampf um kulturelle Hegemonie, gegen die Grundrechte und insbesondere gegen Gleichheit, gegen die Solidarität, für Sicherheitsideologien und seit 1989 für die Diskreditierung fortschrittlicher Konzepte. Sie haben Angriffe gegen die Arbeiterschaft geführt, vor allem durch die Ausweitung der Prekarisierung, gegen den Sozialstaat durch Kommodifizierung, Privatisierung und die allgemeine Korruption der politischen Klassen und für die Unterordnung der Digitalisierung unter die Logik der Finanzialisierung. Der Aufstieg der Rechten und extremen Rechten ist nicht ohne Widerstand erfolgt. Die Menschen haben nicht aufgegeben und die Auseinandersetzungen werden schärfer.

Gramsci schrieb 1937 kurz vor seinem Tod: „Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: In diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.“ (Gramsci, Gef 2, 354)

<https://www.crid.asso.fr/IMG/pdf/resistance-creer-fsm2018-gm.pdf>

Weitere Dokumente zu den Sozialforen

Ignacio Ramonet, [Warum Porto Alegre](#), Januar 2001

„**Sand im Getriebe**“: [Artikel über Weltsozialforen](#)

WSF 2016 (Montreal) in [SiG 122](#); weitere [Dokumente](#)

WSF 2015 (Tunis) in [SiG 113](#) und [115](#)

WSF 2013 (Tunis) in [SiG 102W](#)

Ziele und Arbeitsweise vom W

SF - [Reader](#) (Sept 2008)

WSFSF - [Reader](#) (Sept 2008)

WSF: [Artikel, Berichte, Dokumente in SiG \(2003- 2011\)](#)

Zum WSF 2018: [REPORT FOR THE WSF IC](#) By: Brazilian Collective of WSF 2018 in Bahia

<https://fsm2016.org/en/en-route-vers-le-forum-social-mondial-2018/> (August 2017)

Francine Mestrum: [Le Forum social réinventé : la force d'une idée](#), *Journal des Alternatives*, Nov. 2017

Samir Amin, It is imperative to reconstruct the International of workers and peoples , [Forum du Tiers Monde](#), 2017

In Deutschland: [Kooperation Brasilien](#)

Gerhard Dilger [17 Jahre Weltsozialforum](#), [rls](#)

Anti-Atom-Weltsozialforum in Paris,

Nov. 2017 (s. SiG 125) : [Videos aller Konferenzen](#)

[Bericht](#) der „Coordination anti-nucléaire du Sud-Est“.

Nächstes Forum in Spanien 2019.

Weltweite Aktivitäten nach dem WSF

- Call for the construction of the motto of **8th World Social Forum on Migration** , Mexiko, Oktober 2018 - <http://fsmm2018.org/?lang=en>

- **2019-2020: Marsch nach Genf**, Vorschlag aus Indien <http://www.machtvonunten.de/ekta-parishad.html>



<http://unionsforenergydemocracy.org/>

Die Teilnehmer*innen der **Konferenz „Reclaiming Power: Der Kampf um die Energiezukunft Europas“** am 14. und 15. Juni 2017 sprachen sich dafür aus, eine klare energiedemokratische Perspektive zu entwickeln, die auf einer Anti-Austeritäts-Politik und auf einer Verteidigung der Arbeitnehmer*innenrechte gründet, auf eine Überwindung der aktuellen Probleme des neoliberalen Ansatzes im Bereich erneuerbare Energien abzielt, und die Alternativen zur marktbasiereten Energiepolitik finden will. [Mehr](#)

Sergio Ferrari

Die Aufgaben des Weltsozialforums und des Internationalen WSF-Rats neu definieren

22.6.2017,

Vom 13. bis 18. März 2018 wird in Salvador de Bahia ein thematisches Weltsozialforum (WSF) stattfinden. Das hat ein brasilianisches Organisationskollektiv des WSF beschlossen.

Das Forum in Salvador soll sich thematisch um Landfragen und die Organisation des Widerstands drehen. In einem anfangs Juni publizierten Communiqué von rund hundert brasilianischen NGOs werden bereits mögliche Slogans des Treffens wie «Widerstand heisst Transformation» genannt. Im Ausschuss des Kollektivs wirken VertreterInnen sozialer Bewegungen aus dem Bundesstaat Bahia, solche von auf brasilianischer Bundesebene engagierter NGOs, aber auch AktivistInnen aus dem internationalen Rat des WSF mit. Ihr erklärtes Ziel ist, dass im März 2018 auch eine grosse Zahl internationaler Delegationen nach Salvador reise.



Die Vision eines Gründungsmitglieds

Francisco «Chico» Whitaker, prominenter Mitgründer des Weltsozialforums, schreibt in einem Text, der im internationalen Rat des WSF diskutiert werden soll, «*die Einberufung eines thematischen Forums in Salvador sei der Beweis für den Willen einer planetarischen Mobilisierung zur Überwindung des Kapitalismus trotz der Verschärfung der Globalisierung der Wirtschaft.*» Die Herausforderungen, mit denen die sozialen Bewegungen und die Oppositionsparteien in Brasilien konfrontiert sind, seien dieselben wie jene der Parteien und Bewegungen der Linken weltweit. Das Projekt Donald Trumps in den USA «*ist nur*

ein besonders offensichtliches Beispiel dafür, was vielerorts geschieht: ein Erstarren des Faschismus, des Fremdenhasses und von rechten Positionen.» Ein globales Treffen all jener, die dagegen kämpfen sei extrem wichtig, um Erfahrungen über den Widerstand auszutauschen und neue Allianzen zu bilden, schreibt Whitaker weiter.

Konzepte und Strategien klären

Für Whitaker, den Gewinner des alternativen Nobelpreises 2006, stehen in der jetzigen Phase der Einberufung des Treffens von Salvador de Bahia zwei Dinge im Vordergrund: a) die konkrete Art dieses Forums und b) die aktuellen und künftigen Herausforderungen an den Internationalen Rat, der die WSF organisiert.

Der Vorschlag «Bahia 2018» erfolge in Einklang mit der Idee, dass die Zukunft der WSF-Bewegung thematischen Foren gehöre. Wie bei lokalen, regionalen, nationalen Foren gehe es darum «*offene Räume bereitzustellen, in denen basisdemokratisch und selbstverwaltet*» zu Themen gearbeitet werde. Whitaker ist optimistisch, dass «*es mit dem Fokus auf konkrete Kämpfe leichter falle, konkrete Vorschläge und aufeinander abgestimmte Aktionen zu erarbeiten.*» Die thematischen Foren haben auch den Vorteil, dass die Teilnehmer/-innen mit einem klar definierten Aktionsrahmen und Abschluss-erklärungen nach Hause fahren können. Es spreche nichts dagegen, dass ein Forum wie das im März 2018 im Titel *Weltsozialforum* heißt, schon heute seien alle Sozialforen global ausgerichtet. Wie etwa das Antinuklear-Weltsozialforum im November 2017 in Paris. Die Vervielfachung von thematischen globalen Foren sei eine gute Methode, um die Verbreitung und Vernetzung aller anderen Foren zu unterstützen und große weltweite Netzwerke aufzubauen, um dem kapitalistischen Monster effektiv entgegenzutreten, sagt Whitaker.

Bei weltweiten Treffens, die nicht thematisch ausgerichtet sind, besteht nach Whita-

ker die große Gefahr von Wiederholungen und wenig Inhalt, also der Bürokratisierung der Abläufe und Prozesse.

Die Aufgabe neu definieren

Thematische Foren könnten den Ausweg aus der Krise weisen, in welcher der Internationale Rat des WSF seit einiger Zeit steckt, findet Whitaker. Der internationale Rat war nach der ersten Austragung eines Weltsozialforums 2001 in Porto Alegre ins Leben gerufen worden. Beim letzten Treffen des Internationalen Rats im Januar 2017 in Porto Alegre waren nur 30 von 170 Delegierten erschienen. Whitaker hatte schon am WSF 2015 in Tunis konstatiert, dass der internationale Rat ein unbewegliches, schwer steuerbares Gremium fast ohne Reaktionsfähigkeit geworden sei.

Whitaker schlägt vor, dass der Rat in Zukunft nur einmal jährlich, aber eine Woche lang tagen soll, um die globale Entwicklung zu analysieren und Strategien im Kampf gegen den Neoliberalismus zu entwickeln.

Daran teilnehmen könnten auch alle diejenigen, die im Rahmen des WSF Foren organisieren, die in verschiedenen Weltregionen und zu unterschiedlichen Thematiken zum Aufbau «einer anderen Welt» stattfinden. Wenn es dann – aufgrund real existierender Dynamiken – für zielführend erachtet werde, dann solle dereinst auch wieder ein eigentliches Weltsozialforum durchgeführt werden, das offen ist für alle Themen.

Chico Whitaker studiert nicht nur an neuen Formen und Aufgaben des Weltsozialforums herum. Wichtig sei auch die Symbolik: «*Wieso führen wir eine solche Woche eines neuen internationalen Rats nicht im Januar 2018, parallel zum WEF in Davos, wieder in Porto Alegre durch?*»

Quelle:

<http://journal.alternatives.ca/spip.php?article8334>

Übersetzung von *Alliance Sud*; Ergänzungen der SiG-Redaktion

Oxfam-Studie „Der Preis der Profite – Zeit, die Ungleichheit zu beenden“

82 Prozent des globalen Vermögenswachstums gingen im letzten Jahr an das reichste Prozent der Weltbevölkerung, während das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung stagnierte. Diese extreme Ungleichheit hält Menschen in Armut gefangen, zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ist ökonomisch kontraproduktiv und in der Konsequenz für uns alle katastrophal. Dies sind Folgen politischer Entscheidungen, die geändert werden können und müssen: Um die weltweit rasant zunehmende Ungleichheit zu überwinden, brauchen wir gerechte Steuern, faire Einkommen für Frauen und Männer sowie Investitionen in Bildung und Gesundheit für alle. [Dokumente](#) auf Deutsch und Englisch

Die Ungleichheit wächst weltweit, ein gemeinschaftlichen Großprojekt von rund 100 Ungleichheitsforschern
(darunter Thomas Piketty, Emmanuel Saez, Facundo Alvaredo, Gabriel Zucman)

[Bericht](#) und 20-seitige [Zusammenfassung](#)

Conrad Schuhler

Davos - das globale Kapital ist begeistert von Trumps Offerten

Die Süddeutsche Zeitung zog am letzten Tag des Weltwirtschaftsforums in Davos ihr Fazit: „US-Präsident Trump zerschlägt gerade den Ordnungsrahmen der Weltwirtschaft.“

Schon am Tag zuvor wussten die liberal-neoliberalen Journalisten: „Davos steht für das Gegenteil von Trumps Politik.“

Beide Wertungen könnten falscher nicht sein. Trump hat den „Ordnungsrahmen der Weltwirtschaft“ nicht zerschlagen. Er hat ihn im vorgegebenen Sinn „weiterentwickelt“. Das neoliberale Credo Nr. 1 lautet: Staaten sind zu betrachten als Standorte im globalen Wettbewerb, „deren einzige sinnvolle Aufgabe es ist, die globalen Geschäfte der Elite zu ermöglichen“ (Samuel Huntington).

In Davos hat diese globale Elite dem US-Präsidenten gehuldigt und sich darauf geeinigt, dass der neoliberale Kapitalismus sich gut verträgt mit „protektionistischer“ Politik, wenn diese dazu führt, dass die nationalen Ausbeutungsbedingungen weiter verschärft und die Profitbedingungen weiter verbessert werden.

Damit entsprechen die USA des Donald Trump haargenau dem „Geist von Davos“, die neoliberale Globalisierung möglichst profitoptimal im Dialog zwischen Geschäftswelt und „Welt der Politik“ voranzutreiben. **Klaus Schwab**, der 1971 das „Weltwirtschaftsforum“ gegründet hat und seitdem prägt, gratulierte Trump zu seiner „historischen Steuerreform“, die einen „enormen Wachstumsschub“ für die ganze Weltwirtschaft bringe. Kritik an Trump wies der neoliberale Oberglobalist Schwab als „Missverständnisse“ und „voreingenommen“ zurück. Davos steht mit Trump stramm in einer Reihe.

Das gilt nicht nur für den Frontmann Schwab. Auch die Chefs von Europas großen Konzernen huldigen Trump in Davos. Unter den **15 Konzernvertretern** beim Dinner mit Trump waren die Vorstandschefs von Siemens, Adidas, Thyssenkrupp, SAP und Bayer. Trump zog das Fazit: „Ich glaube, ich habe 15 neue Freunde.“ Siemens-Boss Kaeser, der gerade die Turbinenwerke in Görlitz und Leipzig dichtmacht, hatte dem Präsidenten gesagt: „Herr Präsident, Glückwün-

sche zu Ihrer Steuerreform. Wir haben deshalb beschlossen, die nächste Generation von Gasturbinen in den USA zu entwickeln.“

In ihrer Mitteilung zum Beginn des Forums hatte das WEF (World Economic Forum) noch als Schwerpunkt des diesjährigen Treffens herausgestellt, die mannigfaltigen politischen, ökonomischen und sozialen Spaltungen an der Wurzel zu packen und pragmatischen Lösungen zuzuführen.

Politiker wie Macron, Merkel, Trudeau haben versucht, solche Probleme anzusprechen.

Macron, den das Handelsblatt als „Die Persönlichkeit der Woche“ vorstellte, sagte, die Globalisierung laufe Gefahr, in den nächsten fünf bis sechs Jahren zu scheitern. Wenn es nicht gelänge, diese Krise zu meistern, würden bald diejenigen den Ton angeben, die der Globalisierung den Rücken kehren wollen. Als politische Symptome nannte er das Erstarken des Rechtspopulismus in Frankreich und Deutschland. Als größtes Risiko macht Macron die „Trittbrettfahrer“ des Gemeinwohls aus. „Eine Mehrheit von Mächtigen ist dabei, zu blinden Passagieren der weltweiten öffentlichen Güter zu werden.“ Das ist eine fundamentale Kritik der Eliten, die sich an den staatlichen und allgemeinen öffentlichen Gütern zu Lasten der Allgemeinheit mästen. Macron fordert einen gemeinsamen Aktionsplan für die Welt durch die G20, der auf zwei Prinzipien fußen müsste: Multilateralismus und Kooperation.

Die Beschränktheit von Macrons Konzept erweist sich schon darin, dass er unter den anzugehenden Problemen auch die Modernisierung Frankreichs nennt, die er derzeit im Stil der Agenda 20-Politik der Schröder-SPD betreibt, also einer weiteren Privilegierung der Konzerne gegenüber den Arbeitern.

Weitaus diffuser äußerte sich **Angela Merkel**. Es müssten auch jene in der Bevölkerung eingeladen werden, „die dem wahnsinnigen Tempo des Wandels nicht folgen können“. Sie fühle, „dass wir Druck haben“. Wer die Verantwortlichen und die Nutznießer des Wandels sind, davon kein Wort. Merkel murmelt etwas Sorgen- und Verständnisvolles, lässt Ross und Reiter aber präzise außen vor. Auch dies ist ein Rezept der politischen Beglei-

tung der neoliberalen Globalisierung. Dass die unternehmensgeführte Welt à la Davos gescheitert ist, dass sie verantwortlich ist für die wachsende Ungleichheit global und national, für das Wachstum von Armut und sozialer Unsicherheit, für Krieg und politischen Zwang – das sagt natürlich keiner aus der „globalen Elite“, die sich hier trifft.

Davos 2018 war in einigen Punkten eine Wendemarke.

Erstens platzte die Illusion eines Einverständnisses von Politik und Wirtschaft, man würde gemeinsam einen neuen „Sozialstaat“ bauen. Von „alle mitnehmen“ kann keine Rede sein. Dem Trump-Dogma – „Härteste Politik für den Kapitalprofit bei wärmsten Worten für Mittel- und Arbeiterklasse und Hass auf die Fremden“ – folgt das globale Kapital lieber als sozialdemokratischen Neigungen zu profitminderndem sozialen Ausgleich. Die Huldigung Trumps von Seiten der globalen Geldelite ist zweitens eine **politische Kriegserklärung auf der europäischen Bühne**. Der Zug nach Rechts wird mit kräftiger Unterstützung des großen Geldes weiter Fahrt aufnehmen. Macron meinte, „ein stärkeres Europa ist der Schlüssel zur Lösung unserer Probleme“. In Davos ist Europa den USA gegenüber schwächer geworden. Und in diesem Europa werden die Kräfte nach vorne drängen, die ein „Europa First“ anstreben. Es gibt viel zu tun für die Demokratie- und die Friedensbewegung.

Quelle: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (ISW), 28. Januar 2018

Weltwirtschaftsforum in Davos:
<https://www.weforum.org/> vom 23. bis zum 26. Januar
Um Alternativen ging es vom 18.-20. Januar in Bern am Anti-WEF Politforum und Festival Tour de Lorraine, das von Attac mitorganisiert wird. Die **Tour de Lorraine** ist aus den Protesten gegen das WEF hervorgegangen.

USA: riesige Demonstrationen in 250 Städten gegen die frauen- und sozialfeindliche Politik von Trump am 20. Januar 2018: [Women's march](#); Berichte: [Süddeutsche Zeitung](#); [Neues Deutschland](#).

Erfolg! Der Großflughafen im Westen Frankreichs (Notre-Dame-des-Landes) wird nicht gebaut



(Bericht von M. Vernhes) **Seit 50 Jahren** gibt es Pläne, einen Großflughafen im Westen Frankreichs, nördlich von Nantes zu bauen, in einem ländlichen Gebiet mit Viehzucht, Landwirtschaft und Wäldern. Begründet wurde der Bau dieses Großflughafens mit der unzureichenden Kapazität des Flughafens in Nantes und mit dessen zu großer Nähe zu der Stadt. Seit 50 Jahren gibt es dagegen Widerstand (1972: Association de Défense des Exploitants Concernés par l'Aéroport – ADECA = Verband zum Schutz der vom Flughafen-Projekt betroffenen Bauern). **2000** wurde das schlummernde Projekt wieder aufgegriffen. Der Bürgermeister von Nantes, Jean-Marc Ayrault (2012–2014 Premierminister), war und ist ein starker Befürworter – also hieß es von den Gegnern: „Non à l'Ayrault-Port de Notre-Dame-des-Landes“. Die Gegner des Projekts gründeten ACIPA im Jahr 2000 (Association Citoyenne Intercommunale des populations concernées par le Projet d'Aéroport = Bürgervereinigung zum Schutz der Menschen, die vom Flughafenprojekt betroffen sind, <https://acipa-ndl.fr/>,) und wandten u. a. viel Arbeit auf, um die Begründungen für einen solchen Großflughafen zu entkräften ([Pressemappe](#); [Gründe für die Ablehnung des Baus eines Flughafens und http://www.ateliercitoyen.org/](#)).



(Ein Festessen im „Q de plomb“)

2008 wurde das Vorhaben als „Projekt von öffentlichem Interesse“ deklariert. Der französische Staat fing an, den bisherigen Besitzern – meistens Bauern – Teile der benötigten 1650 ha abzukaufen (ZAD, zone d'aménagement différé, Gebiet für eine künftige Raumplanung); das Unternehmen VINCI war schon 2010 vertraglich mit dem Bau und dem Betreiben des Flughafens betraut worden.

Die **Proteste** gegen dieses Großprojekt nahmen zu: Demonstrationen, gemeinsame Essen „à la Asterix“, Klimacamps, Verhinderung von Probebohrungen auf dem Gelände, Aktionen gegen VINCI und vor allem immer wieder **Besetzungen**. Mehrfach wurden die Protestierenden von der Polizei vertrieben, wurden Gebäude – unter anderem alte Bauernhöfe und Scheunen – zerstört ... Prozesse und Gefängnis-/Geldstrafen gegen einzelne Gegner schüchterten nicht ein, sondern stärkten die Solidarität ([5 Filme](#) dazu von ACIPA).

2012 wurde mit der dauerhaften Besetzung der ZAD (umgenannt in „zone à défendre“ = zu verteidigendes Gebiet) begonnen; die polizeiliche Operation „Caesar“ gegen die Besetzer wurde mit einer großen Demonstration am 17. November 2012 (40.000 Menschen) und einer erneuten Besetzung (**Operation Asterix**) beantwortet. Viele Solidaritätskomitees sind in ganz Frankreich entstanden, weitere Demonstrationen fanden statt (<https://www.acipa-ndl.fr/sites-et-blogs/sites-evenements>) und vor allem etablierten sich die Besetzer – meist in guter Kooperation mit der lokalen Bevölkerung und vor allem mit den Bauern, die nicht bereit waren, ihr Land aufzugeben, und die, man kennt es vom Wendland, mit ihren Traktoren notfalls die Gebäude und Flächen der Besetzer schützten. Landwirtschaft, Gemüseanbau, Obstfelder, Viehzucht, Bau oder Restaurierung von Gebäuden wurden von einigen „Dauerhaften“ und vielen Helfern betrieben.



Sommer 2017 Bild: [reporterre](#)

La Vache Rit ist entstanden, ein großer Versammlungsraum, Taslu ist eine Bibliothek und Ort von kulturellen Aktivitäten und Debatten – die Französischkundigen dürfen die Wortspiele genießen, die auch die Widerstandsstimmung charakterisieren.



(Oktober 2016 - Reporterre)

Am Referendum (Juni 2016) im Departement von Nantes (Loire Atlantique) für oder gegen den Flughafen nahmen 51% der Wähler/-innen teil, davon stimmen 56% mit Ja. In der betroffenen Gegend lag die Wahlbeteiligung bei 75%, drei Viertel votierten mit Nein (Infos über die chronologische [Geschichte](#) des Widerstands mit vielen Verweisen auf die Aktionen).

Nein zum Flughafen – Fotowand

Die neue französische Regierung hat Mitte 2017 eine Expertise beauftragt, deren Ergebnisse sehr kritisch sind gegenüber diesem Großprojekt. Schließlich hat die Regierung am 17. Januar 2018 verkündet, dass sie **das Großprojekt eines neuen Flughafens in der Nähe von Nantes (Notre-Dame des Landes) aufgibt** ([Neues Deutschland](#), [die Zeit](#), [Bonnes Nouvelles](#)).

Gemeinsames [Kommuniqué](#) der Bewegung gegen den Flughafen

(...) Vor allem möchten wir alle diejenigen herzlich grüßen, die in den vergangenen 50 Jahren gegen dieses Flughafenprojekt mobil gemacht haben.

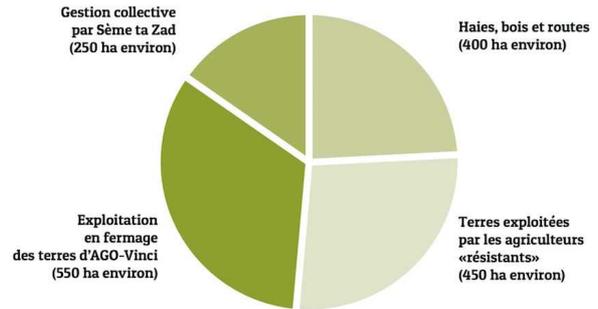
In Bezug auf die Zukunft der ZAD weist die ganze Bewegung heute erneut auf Folgendes hin:

- ▶ Die Notwendigkeit für die enteigneten Bäuer*innen und Bewohner*innen, ihre Rechte so schnell wie möglich vollständig wiedererlangen zu können.
- ▶ Die Ablehnung jeglicher Vertreibung derjenigen, die in den letzten Jahren im Wald eingezogen sind, um ihn zu verteidigen, und die weiter dort leben und sich darum kümmern wollen.
- ▶ Ein Wille, das Land der ZAD langfristig durch die Bewegung in ihrer ganzen Vielfalt zu übernehmen - Bäuerinnen, Naturschützerinnen, Anwohnerinnen, Vereine, alte und neue Bewohnerinnen.

Um dies zu erreichen, müssen wir die institutionelle Umverteilung von Land einfrieren. In Zukunft soll dieses Gebiet ein Bereich für soziale, ökologische und landwirtschaftliche Experimente bleiben können. (...)

Sie rufen zur Demonstration am 10. Februar auf

L'usage des 1.650 hectares de terres de la Zad de Notre-Dame-des-Landes

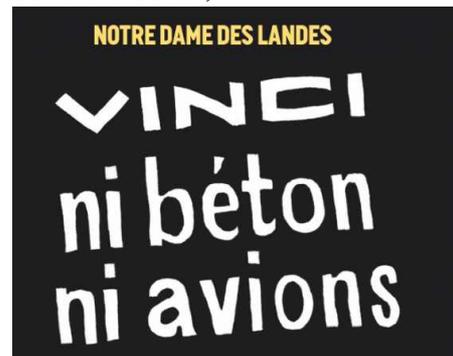


Source: Reporterre à partir du travail de cartographie réalisé par les opposants à l'aéroport.

Aktuelle Nutzung der für den Flughafen vorgesehenen Flächen :

„**Sème ta ZAD**„ - gemeinschaftliche Nutzung durch ca. 200 dauerhafte Besetzer: 250 ha / „**Bauern im Widerstand**“, die also sich der Enteignung widersetzt haben: 450 ha / **Hecken, Wälder und Straßen**: 400 ha **kurzfristige Pachtverträge mit AGO-VINCI**: 550 ha

Die französische Regierung will aber im Frühjahr die Menschen **vertreiben**, die einen Teil der für den Flughafen vorgesehenen Fläche besetzt halten (400 ha von 1650 ha) und dort leben und arbeiten,.



Dem Unternehmen [VINCI](#) wird die Aufgabe des Projekts versüßt: [Entschädigungszahlungen](#) wird es geben; über die Verträge mit dem französischen Staat gibt es keine klaren Informationen. Auch könnte VINCI von der geplanten [Privatisierung](#) der Flughäfen von Paris profitieren - ein Filetstück, denn diese schütten dem französischen Staat (noch 50,6% der Anteile) Jahr für Jahr beträchtliche [Dividende](#) aus...).

Ach noch was: VINCI wurde mehrfach wegen der miserablen Arbeitsbedingungen ("Sklaverei") bei der Tochterfirma Qatari Diar Vinci Corporation (QDVC) und deren Subunternehmen in Qatar angeprangert. [hier](#)

Weitere Informationen auf Deutsch [hier](#)

Vieles noch - leider nur auf Französisch, aber mit Fotos und Videos:

[attac Frankreich](#)

„[Es lohnt sich zu kämpfen](#)“ – Artikel von Hervé Kempf

Dossier: <https://reporterre.net/+-Notre-Dame-des-Landes-63-Buch> „[Contrées – ZAD et NO TAV](#)“

<https://reporterre.net/VIDEO-La-Zad-racontee-par-celles-et-ceux-qui-y-vivent> (VideoFilm von 4 Minuten)

<https://acipa-ndl.fr>

Die Desinformation durch Medien: Analysen von [acrimed](#)

Erklärung der CGT-Gewerkschaftsgruppen im Vinci-Konzern Einstellung des Flughafenprojekts Notre-Dame-des-Landes Schluss mit der Kriminalisierung der sozialen Bewegung!

Montreuil, 21. März 2016

Wir sind keine Söldner! Einstellung des Flughafenprojekts Notre-Dame-des-Landes und Schluss mit der Kriminalisierung der sozialen Bewegung!

Nach Diskussionen und Beratungen zu diesem Projekt sprechen sich die CGT-Gewerkschaftsgruppen im VINCI-Konzern gegen das Vorhaben aus, den Flughafen Nantes-Atlantique nach Notre-Dame-des-Landes zu verlegen, und verlangen die Einstellung des Projekts. **Wie jedes öffentlich-private „Partnerschaftsprojekt“ (ÖPP) gehört auch dieses Projekt zur Politik der Privatisierung der öffentlichen Dienste**, die von den Regierungen seit Jahren verfolgt wird. Die CGT hat diese Politik immer angeprangert, denn sie läuft darauf hinaus, private Profite mit öffentlichem Geld zu fördern.

In diesen Projekten tritt VINCI gleichzeitig als Bauunternehmer und Serviceleister auf der Grundlage unredlicher Verträge auf, deren Bedingungen sich selten unterscheiden: Eine undurchsichtige Finanzierung, unmittelbare Kosten werden niedrig, zukünftige Gewinne hoch angesetzt ... und dauerhafte Profite sind garantiert.

Die **Überschätzung der erwarteten Gewinne** (im vorliegenden Fall: des voraussichtlichen Luftverkehrs) erlaubt der Gruppe ein überhöhtes Niveau garantierter Einkommen zu rechtfertigen, was schnell zu einer Belastung für die Benutzer und das Gemeinwesen wird. Nebenbei ermöglicht diese Überschätzung auch, vor den Kosten einer Vertragsauflösung abzuschrecken. Die öffentliche Hand ist in Notre-Dame-des-Landes aufgefordert, einen großen Teil des Projekts zu finanzieren, und kann nur mit Hilfe einer völlig illusorischen „Besserungsklausel“ hoffen auf ihre Kosten zu kommen. Am Ende würde der Bereich Serviceleistungen der Gruppe die Gesamtheit der Gewinne einstecken. Allein der Entwurf des Projekts – in dem nur die lukrativen Flächen (Parkplätze und Geschäfte) größer sein sollen als die des bestehenden Flughafens Nantes-Atlantique – zeigt, wie sehr es sich dabei vor allem um eine Maschine handelt, die nur ein Ziel kennt: Profit.

Es ist bekannt, dass bei der Kalkulation des Projekts **die enormen Kosten für Infrastruktur- und Erschließungsmaßnahmen** (Anschluss ans Schienennetz, Verbindung Straßenbahn/Zug) nicht berücksichtigt werden; sie gehen zu Lasten des Großraums Nantes. Auch die Kosten für die Bauarbeiten selbst wurden zu niedrig angesetzt, es

wurden keine Rückstellungen für eventuelle Kostenüberschreitungen vorgesehen – die sich **bei einem für die Errichtung eines Flughafens so ungünstigen Gelände** als erheblich herausstellen können. Auch ist es bei diesem Vertragstyp ausgeschlossen, dass der Bereich Serviceleistungen der Gruppe die Verluste seines Baubereichs deckt. Wie man bei anderen ÖPP-Projekten feststellen konnte, üben diese Bedingungen, die mit dem normalen öffentlichen Beschaffungswesen unvereinbar sind, einen sehr starken Druck auf die mit den Arbeiten beauftragten Unternehmen aus; **dieser wirtschaftliche Druck** kann sie in Schwierigkeiten bringen und verleitet daher zum Rückgriff auf alle „modernen“ Formen des **Sozialdumpings**. Auf allen größeren Baustellen, auf denen VINCI die Bauleitung innehat, ist die Mehrheit der Arbeiter bei **Subunternehmen** beschäftigt, von denen sie gnadenlos **ausgebeutet** werden: prekäre Verträge, Zeitarbeitskräfte, entsandte Arbeitnehmer mit Hungerlöhnen, Arbeitnehmer ohne Papiere usw.

Unser Gewerbe ist bereits hart von einem Aktivitätsrückgang betroffen, der dem Rückgang der öffentlichen Aufträge und den gesteigerten Rentabilitätserwartungen unserer Aktionäre geschuldet ist. In dieser Situation wollen wir daher mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die Vervielfachung dieser Verträge, weit entfernt davon, eine Lösung zu sein, eine **große Gefahr für unsere Arbeitsplätze, unsere Löhne und unsere Arbeitsbedingungen** bedeutet. Diese Gefahr besteht für die VINCI-Unternehmen wie für die lokalen Unternehmen, deren Beteiligung an den Arbeiten nicht sichergestellt ist. Wir teilen ebenfalls die zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen in Bezug auf die Verlagerung der mit dem Betrieb des Flughafens Nantes-Atlantique verbundenen Arbeitsplätze (darunter die unserer Kollegen von Aéroports du Grand Ouest (AGO)) sowie das Verschwinden der Arbeitsplätze, die mit den landwirtschaftlichen Aktivitäten in der Gegend von Notre-Dame-des-Landes zusammenhängen.

Dieses Projekt ist vor 50 Jahren aus **größenwahnsinnigen Träumen** entstanden, die sich nicht erfüllen: „Die Concorde landet in Nantes“, „Nantes wird für den Flugverkehr Europas, was Rotterdam für die Seeschifffahrt ist“ ... **Es dient heute nur noch den eigenen Interessen des Unternehmens VINCI sowie Bauträgern**, die das so freigemachte Gelände im Süden von Nantes gerne hätten – mit der Unterstützung der staatlichen Organe und zu Lasten der Steuerzahler.

Wir prangern dieses **scheindemokratische Verfahren** an, das von Anfang an darauf aus war, dieses unnötige und zerstörerische Projekt durchzusetzen, ohne jemals eine Grundsatzdebatte über die Zukunft der Region und ihre Entwicklungsmöglichkeiten vorzusehen. Dieser immer irrationalere Starrsinn ist zum Scheitern verurteilt, was die Spannungen und Konflikte angesichts der näher rückenden entscheidenden Fälligkeiten noch verstärkt. Deswegen wiederholen wir unsere Forderung, auf dem vorgesehenen Gelände **keine Zwangsräumung oder Enteignung vorzunehmen** und nichts zu unternehmen, solange nicht alle Widerstandsverfahren entschieden sind, und alle Maßnahmen der Einschüchterung und Kriminalisierung der sozialen Bewegung zu beenden.

Während sich die VINCI-Generaldirektion weigert, auf unsere Fragen zu antworten, und AGO immer neue Angriffe startet, ermahnen uns die Manager der Gruppe, das Projekt zu unterstützen, und die Verantwortlichen in den Filialen verteilen Broschüren der arbeitgeberfreundlichen Vereinigung mit dem Titel „Flügel für den Westen“ ... **Wir sind weder Söldner noch Sklaven: Wir wollen nicht in einem Bürgerkriegsklima arbeiten, sondern unter besseren Bedingungen und mit kollektiven Rechten und Garantien.** Wir wollen an Projekten arbeiten, auf die wir **wegen ihres sozialen und gesellschaftlichen Nutzens** stolz sein können; es ist nicht so, dass in dieser Region keine Bedürfnisse bestünden, sei es in der Infrastruktur oder beim Wohnungsbau – wie die Sanierung des Flughafens Nantes-Atlantique, wodurch die Bestrebungen der Regierung, einen neuen Flughafen in Notre-Dame-des-Landes zu bauen, zu nichte gemacht würden.

Mit dieser Erklärung wollen die CGT-Gewerkschaftsgruppen im VINCI-Konzern zeigen, dass sie an ihrer gewerkschaftlichen Tradition festhalten, die Produktion in ihren Bau- und Transportindustrien zu kontrollieren und über deren Entwicklung zu wachen. Unsere Richtschnur bleibt somit der gesellschaftliche Nutzen der Produktion, die Gestaltung unserer Regionen, das Wohlergehen der Beschäftigten, die das Leben in den Regionen sicherstellen, sowie die Stabilität unserer Arbeitsplätze: **Darin besteht der eigentliche Sinn des Wortes Fortschritt.**

[CGT Bau](#); Übersetzung: Jürgen Janz

Frankreich: Kämpfe in der Baubranche gegen die – auch tödlichen - Arbeitsunfälle und für gewerkschaftliche Rechte: z.B. Kundgebung am 15.1.2018 in Paris



"Der Zukunft Wurzeln geben"

Die Bewegungen gegen das Großprojekt Flughafen wollen jetzt die ZAD in eine Zone à Autonomie durable (Zone mit dauerhaften Autonomie) umwandeln; dementsprechend sollen bei der Großdemonstration in Notre-Dame-des-Landes am 10. Februar Sträucher und Bäume gepflanzt werden.

Aktionsbündniss gegen Stuttgart 21: S21-Gegner gratulieren zum Erfolg der Bürgerbewegung gegen Großflughafen

Das Aktionsbündnis gratuliert der Bürgerbewegung gegen den Großflughafen in Notre-Dame-des-Landes (NDDL) zu ihrem großen Erfolg nach langem Kampf mit unglaublichem Durchhaltevermögen. Heute hatte die französische Regierung die Aufgabe des Projekts bekannt gegeben.

NDDL hatte in der französischen Öffentlichkeit einen ähnlichen Stellenwert wie Stuttgart 21 in Deutschland. Seit Jahren bestehen gute Verbindungen zu den Freunden in der Süd-Bretagne bei Nantes.

Das Aktionsbündnis wünscht sich von Bundeskanzlerin Merkel und den S21 – Unterstützern eine ähnliche Souveränität wie sie der französische Präsident Macron bewiesen hat.

<http://www.parkschuetzer.de/statements/199499>

Denn es wird keinen Flughafen geben Sechs Punkte für die Zukunft der ZAD

Dieser Text wurde über einen Zeitraum von etwa eineinhalb Jahren entwickelt und Ende 2015 veröffentlicht. Dieser wichtige Text für die Widerstandsbewegung gegen den Flughafen ist nach wie vor aktuell. Auch ist dieser Text eine gemeinsame feste Basis für Überlegungen über die Zukunft des Gebiets nach der Aufgabe des Flughafenprojekts. Denn der Widerstand wird mit dem Verzicht auf das Projekt noch lange nicht zu Ende sein!

Dieser Sechspunkteplan soll die gemeinsame konzeptionelle Basis für die ZAD bilden, sobald das Flughafenprojekt endgültig aufgegeben worden ist. Er ist Ergebnis einer regelmäßigen Versammlung, bei der Zukunftsszenarien für dieses Gebiet erarbeitet wurden. Es trafen sich Personen aus unterschiedlichen Widerstandsgruppen. Dieser Text wurde häufig und lange von vielfältigen Gruppierungen und Foren der Widerstandsbewegung diskutiert.

Wir verteidigen dieses Gebiet und leben hier auf unterschiedlichste und vielfältigste Art und Weise zusammen. Wir haben vor, hier noch lange zu bleiben. Uns liegt die französische Landschaft der Bocage (Knicklandschaft) am Herzen. Genauso wie ihre Anwohner/-innen, ihre Diversität, die Flora und Fauna und das, was wir gemeinsam erleben und erlebt haben. Für die Zeit nach Aufgabe des Flughafenprojekts fordern wir:

1. dass die Einwohner/-innen, ob Besitzer/-innen oder Mieter/-innen, die mit einem Enteignungsverfahren konfrontiert waren oder von hier vertrieben wurden, hierher zurückkehren können und ihre Rechte wiedererlangen;
 2. dass die betroffenen Landwirtinnen und Landwirte, die sich AGO-VINCI nicht beugen wollten, weiter in Ruhe ihr Land, das sie nutzten, bestellen können, ihre Rechte wiedererlangen und ihren Tätigkeiten unter guten Bedingungen nachgehen können;
 3. dass die neuen Bewohner/-innen, die die ZAD besetzt haben, um sich am Widerstand zu beteiligen, hier bleiben können, dass alles, was seit 2007 im Rahmen der Besetzung aufgebaut wurde – alle landwirtschaftlichen Experimentierfelder, selbst gebaute Unterkünfte, einfache Hütten, Wohnwagen, Jurten etc., alle Formen des Lebens und des Widerstands –, erhalten bleibt und fortgesetzt werden darf;
 4. dass alle Flächen, die jährlich von der Landwirtschaftskammer im Auftrag von AGO-VINCI in Form von prekären Pachtverträgen vergeben wurden, von einer Gruppe übernommen werden, die alle Teile aus den Reihen der Widerstandsbewegung vereint, dass also nicht die üblichen Institutionen, sondern die Widerstandsbewegung gegen den Flughafen über die Nutzung der Flächen bestimmt;
 5. dass diese Flächen für neue landwirtschaftliche oder nicht-landwirtschaftliche Vorhaben, seien sie den Behörden gemeldet oder alternative Projekte, zur Verfügung gestellt werden, nicht für die Vergrößerung schon vorhandener landwirtschaftlicher Betriebe;
 6. dass diese Grundsätze durch unsere gemeinsame Anstrengung Wirklichkeit werden. Wir werden gemeinsam darauf achten, dass etwaige Konflikte bei der Umsetzung gelöst werden.
- Wir sind jetzt schon dabei, eine Zukunft ohne Flughafen einzuleiten und aufzubauen, die von Vielfalt und Zusammenhalt geprägt ist. Jede und jeder von uns ist ab sofort dafür verantwortlich, dass sie gedeiht und nicht in Gefahr gerät.

<https://zad.nadir.org/spip.php?article4629> Quelle: **ACIPA**

Europäisches attac-Netzwerk

Solidaritätserklärung, Januar 2018

Das europäische ATTAC-Netzwerk unterstützt schon seit vielen Jahren mit Nachdruck und mit allen verfügbaren Mitteln den Kampf lokaler Kleinbauern, Projektgegner und Besetzer des vorgesehenen Geländes gegen das Projekt der Pseudoverlegung des gegenwärtigen Flughafens Nantes-Atlantique nach Notre-Dame-des-Landes. Wir teilen den Willen der Menschen, die sich diesem Kampf zur Verteidigung von Ackerland, Feuchtgebieten und Biodiversität verschrieben haben. Wir verurteilen die scheindemokratische Vorgehensweise, die das Projekt von Anfang an begleitet hat, und lehnen die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und die Vergeudung von Steuergeldern ab, die das Projekt mit sich bringen würde.

Das europäische ATTAC-Netzwerk hat ebenfalls aufmerksam das außerordentliche Erblühen von Initiativen verfolgt, die auf dem besetzten Gebiet zu dessen Verteidigung entstanden sind. Wir haben den besonderen Charakter dieser ländlichen Gegend und dieser Zeit verstanden, wo Kampf einerseits und der Aufbau einer solidarischen Lebensweise andererseits unzertrennbar miteinander verbunden sind.

Die sechsmonatige Arbeit einer Mediationsgruppe hat unbezweifelbar die Argumente der Gegner zu diesem Projekt bestätigt und die Machbarkeit einer Lösung anerkannt, die weniger natürliche Ressourcen und Steuergelder verschlingen würde, nämlich den Ausbau des gegenwärtigen Flughafens.

Die Macron-Regierung hat am 17. Januar 2018 beschlossen, das Flughafenprojekt aufzugeben. Diese Entscheidung ist nur logisch angesichts des erklärten Engagements des Präsidenten im Kampf gegen die Klimaerwärmung.

Diese Entscheidung kann jedoch nicht bedeuten, grünes Licht für eine Räumung der ZAD (*Zone à défendre* = „zu verteidigende Zone“) zu geben, die nicht gerechtfertigt wäre und der sich die Bevölkerung genauso wie 2012 widersetzen würde. Im Gegenteil, dieser Sieg der Vernunft muss ein Meilenstein für den Beginn einer neuen Phase sein, in der die auf der ZAD gemachten und entwickelten Erfahrungen Wurzeln schlagen können, Erfahrungen mit anderen möglichen und wünschenswerten Welten.

Die „Zauberstiefel“ und „Werkzeuge“, die den Flughafengegnern auf der ZAD zur Verfügung stehen, heißen Entschlossenheit, Einfallsreichtum und Solidarität. Die haben sie sich gemeinsam angeeignet. Das hat nichts mit den Fantasien zu tun, die Journalisten und hasserfüllte Flughafenbefürworter erfunden haben, die es nicht ertragen können, dass seit Jahren Lebensweisen, Wohnformen und wirtschaftliche Tätigkeiten langsam aufgebaut werden, die nicht auf Regeln des freien Marktes basieren, sondern auf dem Teilen der Gemeingüter und dem Erhalt des Lebens. Diese Werte finden sich auch in einem breiten Spektrum anderer Kämpfe gegen nutzlose, erzwungene und schädliche Großprojekte und für die Wiederaneignung der Commons. Sie werden in der neuen Phase der Kämpfe, die sich jetzt eröffnet, weiterhin Bestand haben.

Das europäische ATTAC-Netzwerk unterstützt die schon bestehenden und noch im Aufbau befindlichen Initiativen, die eine Fortführung des Lebens auf der ZAD, der dortigen Erfahrungen, insbesondere der kollektiven Benutzung von Ländereien und Gemeingütern durch eine aus dem Kampf entwickelte juristische Person, ermöglichen werden.

Wir rufen zur Teilnahme an der großen nicht nur nationalen Mobilisierung auf, die die breite Unterstützung bekräftigen soll, die dieser Kampf erhalten hat. So versammelten sich im Oktober 2016 Zehntausende in Notre-Dame-des-Landes und leisteten einen „Stockschwur“ (*serment des bâtons*), als Zusage, dass sie wenn notwendig zurückkehren würden, um den auf der ZAD eingeschlagenen Stock wieder an sich zu nehmen und damit den Ort zu verteidigen.

Kommen wir in großer Zahl auf der ZAD zusammen, am 10. Februar 2018, um 10.30 Uhr!

[Erklärung auf Französisch](#)

Übersetzung: Kirsten Heininger, coorditrad /SiG-Redaktion



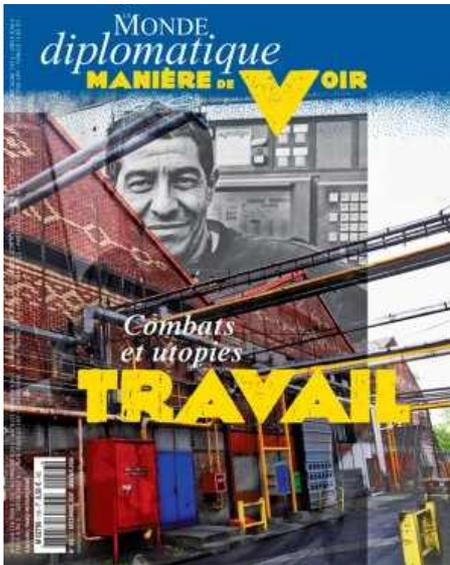
8. Oktober 2016 in Notre-Dame-des-Landes
„Serment des Bâtons“ (Fotos: Reporterre)



Martine Bulard

Frankreich: Die alten Rezepte sind gescheitert

Vorwort zu dem Heft „*Manière de voir*“
von November 2017,
Arbeit - Kämpfe und Utopien



Kündigungen vereinfachen, um Arbeitsplätze zu schaffen ... Unterstellen wir dem Präsidenten Emmanuel **Macron** und seinen Kumpanen einen gewissen Sinn für Oxy-mora, da sie es wagen, damit Dekrete zur Zerstörung der Schutzbestimmungen für die Beschäftigten zu rechtfertigen. Ihre Rezepte stammen aus den 80er Jahren, aus der alten, neoliberalen Welt des Ronald **Reagan**, oder aus den 2000er Jahren des deutschen Sozialdemokraten Gerhard **Schröder**, der damals mit einem ehemaligen VW-Vorstand, Peter **Hartz** (1), zusammenarbeitete, so wie heute Macron mit Madame Muriel Péni-caud, ehemals Leiterin der Personalabtei-lung bei Danone.

Kaum im Elysée-Palast angekommen hat der Präsident als allererste Maßnahme die **Arbeitsgesetze** aufs Korn genommen, um die Rechte der Arbeitnehmer einzuschränken und die Macht der Arbeitgeber zu stärken: Aufwertung der hausinternen Tarifverträge (zulasten der Branchenverträge oder der bestehenden Gesetze) zur Festlegung der Arbeitszeit und sogar der Löhne, Vervielfältigung untypischer Arbeitsverträge, Verminderung der Rechte der Arbeitnehmervertreter, Ausgrenzung der Gewerkschaften, Schaffung von großen Hürden für die Einleitung von Verfahren bei Arbeitsgerichten.

Da, wo man auf das Team setzen müsste, um Innovationen und Zusammenarbeit zu fördern, setzt die Regierung auf Selbstherrlichkeit und verschärfte Konkurrenz unter Arbeitnehmern.

Da, wo man auf Garantie und Stabilität setzen müsste, um den raschen technologischen Wandel zu beherrschen, also Weiterbildung nötig wäre – die Hälfte der Arbeitsplätze wird sich in den nächsten 30 Jahren grundlegend ändern (2) –, setzt man auf Flexibilität und kurzfristige Arbeitsverträge. Obwohl laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Entlassungen in Frankreich bereits einfacher sind als in Belgien, in den Niederlanden oder in Deutschland, Ländern, in denen es Experten zufolge „strengere Regelungen“ gebe (3). Andere Ökonomen heben hervor: „*Es gibt keinen Beweis für einen Zusammenhang zwischen dem Niveau der Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten und dem Niveau der Arbeitslosigkeit*“ (4).

Dafür gibt es einen absoluten Zusammenhang zwischen einer schwachen sozialen Absicherung und der starren Erwartungshaltung der Aktionäre. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) – nicht gerade ein Hort der Linken – betont: „*Die Minderrung des Einflusses der Arbeitnehmer auf die Entscheidungen der Unternehmen*“, mithin die Schwächung der Gewerkschaften, „*hat die Einkünfte der Vorstände und der Aktionäre erhöht*“ (5). Und in Frankreich kommen hinzu die Absenkung der Löhne (über die Beitragsleistungen) und die Aufhebung der Vermögenssteuer (Aktien). Insgesamt werden die europäischen Unternehmen „*dieses Jahr ca. 315 Milliarden Euro an Dividenden ausschütten*“, sagt das Wirtschaftsblatt Les Échos (6). Ein Rekord.

Die OECD warnt: „Die zunehmende Ungleichheit bedroht den sozialen Zusammenhalt und das Wachstum.“

Die Roadmap des Präsidenten Macron sieht aus wie eine Kopie der „**Empfehlung des Europäischen Rats zum nationalen Reformprogramm in Frankreich 2017**“ (7). Darin wird zum Beispiel dringend empfohlen, „*alle Möglichkeiten zur Senkung der Personalkosten und deren Umwandlung in eine dauerhafte Senkung der Beiträge zusammenzufassen*“. Das ist jetzt vollzogen. Und diese Geschenke ohne Gegenleistung werden finanziert durch einen höheren allgemeinen Sozialbeitrag (CSG), der hauptsächlich die „*reichen Rentner*“ betrifft, das heißt alle, die mehr als 1400 Euro pro Monat bekommen (also in etwa das, was Madame Péni-caud in drei Tagen verdiente, als sie die staatliche Agentur Business France führte).

Kaum war das erledigt, hat sich der Staatschef mit der **Arbeitslosenversicherung** befasst. Offiziell geht es darum, die Zahlung auf alle Berufstätigen auszuweiten, egal welchen Status sie haben: (vielleicht) Arbeitnehmer, die von sich aus gekündigt haben, (eher) Kleinunternehmer und andere Selbstständige. Ein hehres Ziel, das man nicht leugnen – ohne jedoch zu vergessen, dass das eigentliche Ziel eine „*Überisierung*“ der Gesellschaft ist, das, was die EU-Kommission so definiert: „**Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen im Dienstleistungssektor**“ (es geht um Taxifahrer, Auslieferungsfahrer, Mietwagen mit Chauffeur etc.). Da diejenigen, die die Aufträge erteilen (Uber, Deliveroo und andere) keine Beiträge bezahlen wollen, wird die soziale Absicherung dieser Kleinunternehmer auf die Arbeitslosen abgewälzt, deren Ansprüche gemindert werden. Nicht nur, dass sie weniger bekommen werden, auch die Kontrollen werden verschärft, damit sie jeden Job akzeptieren – **die deutsche Methode**.

Allgemein befinden sich die vier Pfeiler der sozialen Absicherung und des französischen Modells (Rente, Arbeitslosigkeit, Familie, Gesundheit) im Visier von Macron. Die kollektive Absicherung wird verringert zugunsten von individuellen Verträgen, nicht nur bei Arbeitsverhältnissen, sondern auch bei der Rente (mit den Pensionsfonds) und der Gesundheit (mit der Zunahme privater Zusatzverträge). Macron verspricht die Übernahme der Kosten für Zahnbehandlungen, Brillen oder Hörgeräte für alle ... nicht indem die allgemeinen Beiträge erhöht werden, sondern auf dem Umweg über private Zusatzversicherungen, deren Versicherungsschutz sich an den finanziellen Möglichkeiten jedes Einzelnen orientiert. Das ist das angelsächsische System.

Im Moment scheinen der Präsident und seine Freunde, die ihre Projekte arrogant vorantreiben, auf keinen ersten politischen oder gewerkschaftlichen Widerstand zu treffen, der sie zum Einlenken bringen würde. Aber ihre Rezepte sind überall gescheitert und der Frust wächst.

„*Der Anstieg der Ungleichheit [in den weit entwickelten Ländern] bedroht den sozialen Zusammenhalt und das Wachstum.*“ (9) Dieses Urteil kommt nicht aus dem Mund eines Revolutionärs, sondern dies schrieb Ángel Gurría, Generalsekretär der OECD – diese Organisation ist seit 1994 die Speerspitze für die Flexibilisierung der Arbeit (10). Heutzutage versichert er: „*Weniger Ungleichheit nutzt allen.*“ Offensichtlich hat diese neue Erkenntnis es schwer, in Paris oder Washington oder Peking gehört zu werden.

(Aus [Manière de voir](#), Travail. Combats et Utopies, Dezember 2017,) .Übersetzung: Monika Berthold und Redaktion von „Sand im Getriebe“- Lektorat: Werner Horch

(1) Lesehinweis: Olivier Cyran, „[L'enfer du miracle allemand](#)“, *Le Monde diplomatique*, September 2017.

(2) „[Automatisation, numérisation et emploi](#)“ (PDF), Conseil d'orientation de l'emploi, Paris, Januar 2017.

(3) „[Perspectives pour l'emploi](#)“, Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE), Genève, 2013.

(4) Manon Domingues Dos Santos, „Protection de l'emploi, emploi et chômage“, Conseil d'analyse économique, Focus no 3, Paris, April 2015. Lesehinweis: Frédéric Lordon, „[Le service de la classe](#)“, La pompe à finance, 3. Oktober 2017.

(5) Florence Jaumotte et Carolina Osorio Buitron, „[Le pouvoir et le peuple](#)“ (PDF), *Finances & Développement*, Washington, DC, März 2015.

Lesehinweis: Serge Halimi, „[Éloge des syndicats](#)“, *Le Monde diplomatique*, April 2015.

(6) Pierrick Fay, „[Les dividendes versés en](#)

[Europe vont atteindre des montants record en 2017](#)“, *Les Échos*, 3. Februar 2017.

(7) <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2017-european-semester-country-specific-recommendations-commission-recommendations-france-de.pdf>.

(8) id, S. 9

(9) „[In it together: Why less inequality benefits all](#)“, OCDE, 13. November 2015.

(10) Lesehinweis: „[État d'urgence sociale](#)“, und Serge Halimi, „[Les chantiers de la démolition sociale](#)“, *Le Monde diplomatique*, März 2004 und Juli 1994.

Frankreich - La France Insoumise - Peter Wahl: Ein außergewöhnlicher Erfolg der Linken? RLS-Studie, Jan.2018
Alternatives Fernsehen in Frankreich "Le Média", www.lemediatv.fr - Ihre Ziele
Paris: Alle **Mitarbeiter von Velib'** werden - nach Streiks und Demonstrationen - vom neuen Betreiber (Smovengo) zu den gleichen Bedingungen und mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag übernommen. [Bonnes Nouvelles](#)

Attac Frankreich u.a.:

Aktionen gegen BNP Paribas in 50 Städten „Wer bestiehlt wen?“



(27. Januar 2018)

BNP Paribas gegen die „Sesseldiebe“

Zur Unterstreicherung der Forderung nach Beendigung der **Bankengeschäfte mit Steueroasen** gibt es in Frankreich seit einigen Jahren eine Bewegung zur **Beschlagnahmung von Stühlen und Sesseln**, die „Eigentum von Banken“ sind.

Sie sollen erst dann zurückgegeben werden, wenn die Beziehungen dieser Banken zu den Steueroasen beendet sind.

Nicole Briend (Attac) hatte im März 2016 an einer solchen Aktion teilgenommen; sie soll am 5. und 6. Februar vor Gericht in Carpentras erscheinen. Anlaß für Attac, die Gewerkschaft Solidaires und vielen anderen, ihre Aktionen zu verstärken: Drei beschlagnahmte Stühle wurden an das Finanzamt in Carpentras abgegeben (*Bild oben*), mit der Aufforderung, sie dort solange zu behalten bis BNP Paribas seine Schulden dem französischen Staat bezahlt hat ([Bericht](#)); am 27. Januar 2018 fanden Aktionen gegen über 50 BNP-Bankfilialen (*Bild rechts*).

Der [Prozeß](#) soll von Mobilisierungen begleitet werden.



Apple führt einen Prozeß gegen Attac Frankreich (12.2.2018)

Attac Frankreich fordert, dass Apple Steuern bezahlt (13 Mrd) und hat schon mehrere [Aktionen](#) gegen Apple geführt; Apple hat Klage erhoben: Attac Frankreich soll bei Wiederholung von Aktionen gegen einzelne Filialen 150 000 Euro bezahlen.

[Mehr](#) dazu - Über die Apple-Geschäfte und die Attac-Aktionen: [Text und Fotos](#) ([Aktionen](#) am 2. Dezember 2017)

[Attac-Aktion in Köln](#) "Zahlt die 13 Milliarden zurück!", "Pay your Taxes" und "Steuertricks stoppen"

Werner Rügemer

EU: Grenzenlose Arbeits-Flexibilität, nochmal heftiger?

Am 17. November 2017 proklamierte die EU die „**Europäische Säule sozialer Rechte**“. Doch gegen die demagogischen Pläne des Kommissionspräsidenten Juncker ist grundsätzlicher Widerstand angesagt. Die sogenannten „Rechte“ sind nicht nur unverbindlich, wie der DGB, die IG Metall und der Europäische Gewerkschaftsbund anmerken, sondern sie bedeuten eine extreme Verschlechterung, teilweise Zerstörung gegenüber den Rechten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und vieler noch bestehender nationaler Gesetze von EU-Mitgliedsstaaten.

Geisterversammlung

Die Geisterversammlung der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten im schwedischen Göteborg war jahrelang vorbereitet worden. Die Europäische Kommission hatte hunderte von Konsultationen organisiert und tausende von bedruckten Seiten in allen europäischen Sprachen produziert. Herausgekommen ist die Erklärung „[Europäische Säule sozialer Rechte](#)“.

Sie wurde „*einstimmig und feierlich*“ von den 27 EU-Staaten proklamiert, berichteten einigen Medien. Ansonsten wurde diese Veranstaltung kaum beachtet. Die Erklärung wurde unterzeichnet von drei Anwesenden: von Juncker, dem estnischen Ratspräsidenten und dem Präsidenten des EU-Parlaments.

Deutschland war bei dieser einstimmigen Feierlichkeit gar nicht vertreten: Die Bundeskanzlerin Angela Merkel war – wegen der Verhandlungen über eine neue Regierung („Jamaika“) – gar nicht anwesend. Merkel hatte zudem verhindert, dass etwa die Bundesarbeitsministerin die Vertretung übernahm. Aber irgendwie hat „Deutschland“ – wahrscheinlich in einem Hinterzimmer des Bundeskanzleramts - nachträglich die Erklärung unterzeichnet, teilte ein Regierungssprecher auf Anfrage mit.

20 neue Rechte und eine neue EU-Arbeitsaufsicht

Präsident Juncker hatte vor der Proklamation seine Erkenntnis beschworen: Leider herrsche in der EU bei allen Erfolgen auch „*Sozialdumping und soziale Fragmentierung*“. Vor allem in Südeuropa laufe „*mit hoher Arbeitslosigkeit, grassierender Armut und schwacher Wirtschaft die größte Krise seit Generationen*“. Vertrauensverlust! Da müsse man endlich gegensteuern, nicht zuletzt, so Junckers Pflichtbekenntnis, müsse man „*Populisten und EU-Gegnern den Wind aus den Segeln nehmen*“. Es scheint also nicht nur um Südeuropa zu gehen.

Nun also das mächtige Gegensteuer-Instrument: „Europäische Säule sozialer Rechte“. Endlich eine Säule, die bisher neben den bisher errichteten Säulen offensichtlich fehlte: Neben der Säule der Rechte der privaten Investoren, neben der Säule der NATO und zusätzlicher europäischer Ausrüstung, neben der Säule Dutzender alter und neuer Freihandelsverträge, neben der Säule aus Stacheldrahtzäunen und Küstenschutz am Mittelmeer. Tatsächlich: Da fehlte was. Da haben die EU-Oberen in letzter Minute doch noch was gemerkt?

Der christlich lackierte Kommissionschef und langjährige Chef der wichtigsten EU-Steuerhinterziehungsoase Luxemburg will aber nicht nur die Erklärung. Er will mehr: Wenn wir doch sinnvollerweise eine EU-Bankenaufsicht haben, verkündete Juncker, dann ist es doch logisch, dass wir endlich auch eine EU-Arbeitsaufsicht errichten, und zwar auf der Grundlage der neuen sozialen Säule!

DGB und IG Metall stimmen zu, aber...

Mit der neuen, letzten, der sozialen Säule sollen „*neue und wirksamere Rechte für Bürgerinnen und Bürger bereitgestellt*“ werden. Diese 20 einzelnen Rechte, die es also bisher nicht gegeben habe oder jedenfalls nicht so wirksam, sind eingeteilt in drei Abteilungen: 1. Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, 2. Faire Arbeitsbedingungen, 3. Sozialschutz und soziale Inklusion. Gendernmäßig korrekt ist nicht nur von Arbeitnehmern die Rede, sondern immer auch von Arbeitnehmerinnen.

Klingt vielleicht gut. Zunächst aber fällt auf: Die Arbeitsrechte sind im Bereich der sozialen Rechte versteckt, untergeordnet. Schlechtes Zeichen? Könnte eine Frage der sprachlichen Vereinfachung sein. Lassen wir mal beiseite. Aber wichtiger, zum einen: Diese Rechte sind unverbindlich, reine Absichtserklärung, nicht einklagbar, sanktionslos.

Das haben der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Industriegewerkschaft Metall (IGM) durchaus erkannt. Aber leider haben sie zugleich schon eifertig erklärt: Die Rechte sind zwar unverbindlich. Aber als Grundlage begrüßen wir sie. Wir müssen dann eben dafür sorgen, dass sie in Zukunft verbindlich gemacht werden!

Dann wollen wir uns mal genauer ansehen, ob wir diese Erklärung als Diskussionsgrundlage nehmen sollten!

Zwischen Demagogie und Überdeutlichkeit: Rechte-Abbau

Die Sprache schwankt zwischen demagogischer Verwendung „sozialer“ Begriffe, weit interpretierbarer Unbestimmtheit und primitiver Deutlichkeit. Einige Beispiele:

Unter Recht Nr. 3 „Chancengleichheit“ werden die üblichen Anti-Diskriminierungs-Kriterien aufgezählt: „*Unabhängig von Geschlecht, Rasse oder ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung hat jede Person das Recht...*“ Klingt gut, oder? Ein Kriterium fehlt allerdings: soziale Herkunft! Aha, das ist also das neue an den neuen sozialen Rechten: Die soziale Herkunft wird ausgeblendet!

Recht Nr. 4 hat die Überschrift „Aktive Unterstützung für Beschäftigung“. Da heißt es zum Beispiel: „*Junge Menschen haben das Recht ... auf einen Praktikumsplatz*“. Immerhin! Es muss ja kein richtiger Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sein. Ob der gnädig bereitgestellte Praktikumsplatz bezahlt wird, ist unwichtig. Weiter: „*Arbeitslose haben das Recht auf individuelle, fortlaufende und konsequente Unterstützung*“: Hartz IV erfüllt diese Kriterien doch gut: Die Unterstützung ist individuell und irgendwie auch konsequent, oder nicht? Wie hoch die Unterstützung ist, scheint nicht so wichtig. Ok – falls „fortlaufend“ bedeutet, dass es keine Strafkürzungen geben darf, dann hätten wir hier immerhin eine Verbesserung.

Recht Nr. 5 hat die Überschrift „Sichere und anpassungsfähige Beschäftigung“. Das ist die Wiederauflage des geltenden EU-Konzepts „*Flexicurity*“: Flexibilität mit security, Flexibilität mit Sicherheit. Diese beiden Bestandteile sollen in der Quadratur des Kreises irgendwie gleichgewichtig sein. Weiter heißt es: „*Der Übergang in eine unbefristete Beschäftigungsform wird gefördert*“: Man geht also erstmal von befristeter Beschäftigung aus, und irgendwer fördert irgendwie dann die unbefristete Beschäftigung – die muss aber nicht kommen. Weiter heißt es: „*Unternehmertum und Selbständigkeit werden unterstützt*“. Ach, lugen da die alte Ich-AG und die beliebte Schein-Selbständigkeit um die Ecke? Weiter heißt es: „*Prekäre Arbeitsbedingungen werden unterbunden, unter anderem durch das Verbot des Missbrauchs atypischer Verträge*“. Atypische Verträge sind also zulässig und normal, sie dürfen nur nicht „*missbraucht*“ werden. Wie sollen die ausufernden Probezeiten geregelt werden? „*Probezeiten sollen eine angemessene Dauer nicht überschreiten*.“ Angemessen. Sollten.

Recht Nr. 7 ist überschrieben mit „Informationen über Beschäftigungsbedingungen und Kündigungsschutz“. Das fängt schon gut an: „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht, am Beginn ihrer Beschäftigung schriftlich über ihre Rechte und Pflichten informiert zu werden.“ Donnerwetter! Was Arbeitgeber im neuen sozialen Europa alles leisten müssen! So geht es weiter: „Bei jeder Kündigung haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht, zuvor die Gründe zu erfahren.“ Also schon bevor man vor die Türe gesetzt ist! Von dieser Güte gibt es noch mehr Rechte: „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht auf Zugang zu wirkungsvoller und unparteiischer Streitbeilegung.“

Das könnte so allgemein gut klingen, wenn es nicht konkret den lang gehegten Wünschen der Unternehmer entgegen käme und wie es schon in den knappen Arbeitsrechtskapiteln der Freihandelsverträge CETA, TTIP usw. steht: Weg von den allzu bürokratischen, staatlichen Arbeitsgerichten, lieber die betriebsinterne, private, nichtöffentliche Streitschlichtung!

Recht Nr. 8 heißt „Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten“. Da heißt es vielversprechend: „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder ihre Vertretungen haben das Recht auf rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung in für sie relevanten Fragen, insbesondere beim Übergang, der Umstrukturierung und der Fusion von Unternehmen und bei Massenentlassungen.“ Für sie relevante Fragen: das bedeutet, dass es für die Beschäftigten im Unternehmen auch die nicht relevanten Fragen gibt - zum Beispiel die Fragen, genauer gesagt die Entscheidungen, die einem Übergang, einer Umstrukturierung, einer Fusion oder Massenentlassung vorhergehen! Die Beschäftigten sollen also erst „einbezogen“ werden, wenn die Entlassung schon beschlossen ist. Und das ist dann „rechtzeitig“!

Recht Nr. 10 heißt „Gesundes, sicheres und geeignetes Arbeitsumfeld und Datenschutz“. Da heißt es „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht auf ein Arbeitsumfeld, das ihren beruflichen Bedürfnissen entspricht und ihnen eine lange Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglicht.“ Wer definiert „ihre beruflichen Bedürfnisse“ und das „Arbeitsumfeld“? Im Klartext heißt das: Arbeitsmigranten aus Rumänien und Flüchtlinge (die nicht ertrunken oder verhungert sind) werden in Deutschland und Frankreich und Griechenland von den Unternehmern und Vermittlern und Jobagenturen dort eingesetzt, wo ihre Ansprüche und Qualifikationen und erpressten Verzicht am besten hinpassen. Zum Beispiel: Die „beruflichen Bedürfnisse“ der knappen eine Million eingeschleuster osteuropäischer Billig-Prostituierten passen doch bisher schon ganz legal in das „Arbeitsumfeld“ der EU-Spitzen-Bordell-Nation

Deutschland. Und was bedeutet „eine lange Teilnahme am Arbeitsmarkt“? Wie lang ist „lang“? Lebenslang? Bis zur gesetzlichen Rente? Oder eben so lange bis der Verschleiß die Arbeitskraft unverwertbar macht?

Keine Diskussionsgrundlage!

Die Rechte Nr. 11 bis 20 stehen unter der Überschrift „Sozialschutz und soziale Inklusion“. Sie betreffen Kinder, Arbeitslosigkeit, Rente, Gesundheitsversorgung, Mindesteinkommen, Behinderung, Pflege, Wohnraum usw. Die Rechte sind nicht nur unverbindlich, sondern hier besonders unbestimmt.

Schon bei den Arbeitsrechten wird häufig diffus von „angemessen“ geredet: „angemessene Freistellungs- und flexible Arbeitszeitregelungen“, „angemessene Kündigungsfrist“. Aber bei den Sozialrechten uferf dieses diffuse Kriterium aus. Es wird allen diesen Rechten angepappt, z.B. „angemessene Mindestlöhne“, „angemessener Lebensstandard“, „angemessener Sozialschutz“, „angemessene Leistungen von angemessener Dauer“ (für Arbeitslose), „angemessenes Ruhegehalt“, „angemessene Unterkünfte und Dienste“ (für Wohnungslose) – natürlich um die „soziale Inklusion zu fördern“.

Die kollektiven Arbeits-, Tarif- und Gewerkschaftsrechte und z.B. der Schutz der Betriebsräte fehlen in der „Europäischen Säule“ ganz. Auch viele noch bestehende nationale Rechte – jedenfalls wo die EU mit der Troika noch nicht gewütet hat – würden mit Junckers Machwerk aufgeweicht, zum Beispiel durch neue EU-Richtlinien.

Die Erklärung darf also keine Diskussionsgrundlage werden – kurios, dass man das der DGB- und der IG Metall-Führung überhaupt erklären muss!

**European Trade Union Institute:
Myths of employment deregulation:**
how it neither creates jobs nor reduces labour market segmentation - 250-seitige Studie, [free Download](#)

"This book looks at the effects of changes in employment regulation on levels and forms of employment in nine EU countries (Spain, Italy, Estonia, Slovakia, Poland, Germany, France, Denmark, and the UK). It demonstrates that reducing employment protection has brought neither labour market nor economic benefits. Moreover, post-crisis changes were accompanied by increases in precarious employment in those countries that were most enthusiastic in their deregulatory efforts."

Die Arbeitskraft in der EU soll noch flexibler werden

Nach den Hartz-Gesetzen in Deutschland, nach Job Act in Italien, Loi Peeters in Belgien und der Arbeits-„Reform“ Hollandes & Macrons in Frankreich will jetzt die Europäische Kommission zentral von ganz oben endlich auch die Arbeitsrechte EUweit in den Griff bekommen. Sicher, der vermeintlich schlaue Juncker will nicht frontal und sofort die nationalen Gesetze und Behörden abschaffen. Aber eine von der Europäischen Kommission gelenkte zentrale Arbeits-Aufsichts-Behörde (European Labour Authority) soll eingerichtet werden. Juncker will dazu im Frühjahr 2018 ein Konzept vorstellen. Diese Behörde würde schrittweise Kompetenzen an sich ziehen.

Im Weißbuch zur Zukunft Europas vom März 2017 heißt es dramatisch: „Europa befindet sich am Scheideweg“. Natürlich stimmt das. Aber mit der brüchigen Wackelsäule der neuen sozialen Rechte will die EU in der bisherigen asozialen Richtung sogar verschärft weitermarschieren. Dem zusätzlichen demokratischen Gestaltungsbedarf bei der forcierten Digitalisierung ist die EU damit schon gar nicht gewachsen.

Europaweiter Widerstand!

Europa steht an einem Scheideweg. Aber ganz anders als Juncker & Freunde verkünden. Wie krisen- und gefahrenverschärfend die EU herangeht, zeigt sich auch an der im selben EU-Weißbuch 2017 beschworenen Gefahr der „*Truppenaufmärsche an unseren östlichen Grenzen*“. Wer marschiert da auf? Doch seit langem und primär die NATO und nun in deren Schlepptau auch noch die EU.

Und deren späte, allzu spät hingebastelte „soziale Säule“ würde das Arbeitsunrecht, die grassierende Armut und die wirtschaftliche Stagnation nur weiter verschärfen. Europaweiter Widerstand ist hier angesagt.

Zu jedem der 20 Rechte und noch vielen weiteren Arbeits- und Sozialrechten bestehen viel bessere, verbindliche und teilweise einklagbare Festlegungen: **Europäische Sozialcharta, UN-Sozialpakt**, die 170 sehr viel genaueren und detaillierten Konventionen der **Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** der UNO z.B. Recht auf Arbeit, Verbot der Kinderarbeit, Kündigungsschutz, Recht auf bezahlten Urlaub, Arbeitszeit, Schutz vor Gefahren am Arbeitsplatz, Sozialversicherungen.

Werner Rügemer ist Mitglied vom Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland- Werner Rügemers letzte Buchveröffentlichung: Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder aus Politik und Wirtschaft, Geschichte und Kultur. Köln 2017

6 Prozent mehr Entgelt und Wahloption für kürzere Arbeitszeit IG-Metall-Forderung für die Tarifverhandlungen



Beschäftigte der Hanauer Vacuumschmelze im Warnstreik
(IG-Metall Bericht)

Die IG Metall fordert für die rund 3,9 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen von 6 Prozent für eine Laufzeit von 12 Monaten.

Die Forderung der IG Metall zur Arbeitszeit sieht vor, dass die Beschäftigten ihre regelmäßige Arbeitszeit künftig für bis zu zwei Jahren auf bis zu 28 Stunden in der Woche reduzieren können. Danach besteht der Anspruch, auf die ursprüngliche Arbeitszeit zurückzukehren. Dies soll für alle Tarifgebiete in West- und Ostdeutschland gelten.

Entgeltzuschuss für Familie und Gesundheit

Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit reduzieren, um Kinder unter 14 Jahren im Haushalt zu betreuen oder Familienangehörige zu pflegen, sollen einen fixen Zuschuss von 200 Euro pro Monat von ihrem Arbeitgeber erhalten.

Beschäftigte in Schichtarbeit oder anderen gesundheitlich belastenden Arbeitszeitmodellen, die ihre Wahloption nutzen und ihre Arbeitszeit verkürzen, sollen ebenfalls einen Entgeltzuschuss erhalten. Er soll bei 750 Euro im Jahr liegen. "Damit wird auch für weniger gut Verdienende die Arbeitszeitreduzierung eine reale Option", sagte Hofmann. (aus der [Web-Seite](#) der IG Metall)

Mehr Informationen über die Tarifikämpfe :
www.igmetall.de/tarifticker-2018-26060.htm

**Artikel zur Arbeitszeitverkürzung
in "Sand im Getriebe"**

Nr. 34 ("Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen") ;
[35](#); [67](#); [91](#); S. 44 in [100](#); [120](#)

Attac Deutschland unterstützt Forderung nach 28-Stunden-Woche - Wichtiger erster Schritt in Richtung "Gutes Leben für alle" – [mehr](#)

[Bundesweite Attac-AG ArbeitFairTeilen](#)

[Dossier der Rosa-Luxemburg-Stiftung:](#)
Kämpfe um die Arbeitszeit

Alter Summit unterstützt die streikenden Beschäftigten in Deutschland

Seit dem 8. Januar 2018 ruft die deutsche IG Metall fast 4 Millionen Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie in Deutschland dazu auf, Warnstreiks und Streiks durchzuführen. Gefordert werden eine Lohnerhöhung von 6 % und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 28 Stunden pro Woche für alle, die es möchten.

Alter Summit möchte den Beschäftigten in Deutschland und ihren gewerkschaftlichen Organisationen seine deutliche Unterstützung bei den nun beginnenden Kämpfen aussprechen. Mobilisierungen, Demonstrationen und Streiks helfen bei der Durchsetzung von Forderungen und rufen den Beschäftigten ihre kollektive Kraft ins Bewusstsein.

Arbeitszeitverkürzung ist eine historische Forderung der Arbeiterbewegung und mehr denn je aktuell, als eine Antwort auf die Beanspruchungen in der Arbeitswelt und die vielfältigen derzeitigen Krisen: Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Digitalisierung der Arbeitsprozesse ...

Angesichts der erreichten Arbeitsproduktivität ist es nur legitim, dass die Beschäftigten sie sich zunutze machen, sei es für Lohnerhöhungen, sei es für Arbeitszeitverkürzung. Arbeiten ist nicht die einzige Tätigkeit, die dem Leben von Frauen und Männern einen Sinn gibt!

Arbeitszeitverkürzung eröffnet die Möglichkeit, mehrere Debatten parallel zu führen:

•Arbeitsorganisation

Arbeitszeitverkürzung geht häufig mit einer stärkeren Flexibilisierung und einer Produktivitätssteigerung einher. Es ist wichtig, darauf zu achten, dass die durch eine Arbeitszeitverkürzung gewonnenen Vorteile nicht durch Arbeitsverdichtung und Sinn- und Qualitätsverluste der Arbeit vermindert werden.

•Löhne und Einstellungen

Wir halten es für notwendig, dass sehr stark auf die Erhaltung des Lohnniveaus geachtet wird, damit eine Arbeitszeitverkürzung zu einer gerechteren Verteilung des Wohlstands in unseren Gesellschaften beitragen kann. Darüber hinaus

müsste eine Arbeitszeitverkürzung eine entsprechende Einstellung weiterer Beschäftigter ermöglichen.

•Wir halten es ebenfalls für notwendig, dass die Umsetzung von Arbeitszeitverkürzungen unter Beachtung der Gleichheit von Mann und Frau erfolgt. Letztere sind in der Tat die ersten Opfer der prekären Beschäftigungslage.

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist Teil der gewerkschaftlichen Agenda in Europa. Es ist eine offensive Forderung der Beschäftigten und ihrer Organisationen. Schon jetzt schlagen die Gewerkschaften in vielen Ländern Arbeitszeitverkürzungen vor.

**Wir von Alter Summit meinen, dass eine solche Forderung uns auf der europäischen Ebene zusammenbringen kann. Daran werden wir arbeiten! Deshalb bitten wir euch, uns eure Initiativen und Forderungen im Bereich der Arbeitszeitverkürzung mitzuteilen (per E-Mail an sebastian@altersummit.eu).
[Erklärung](#)**

Werner Rügemer, aktion gegen arbeitsunrecht

Arbeitsunrecht in Deutschland und in der Europäischen Union

Deutschland ist der führende Wirtschaftsstandort in der EU. Deutschland hat diese Stellung, die zugleich auch die politische Führung in der EU bedeutet, auch wegen des höchsten Grades an Arbeitsunrecht. Dieses Arbeits-Unrecht ist teilweise verrechtlicht, am bekanntesten durch die vier Hartz-Gesetze, teilweise entsteht es durch millionenfache systemische Rechtsverletzung und durch Erpressung. Ein großer Teil der Erwerbstätigen in Deutschland ist also in zweifacher Hinsicht käuflich: Sie unterliegen nicht nur dem normal-kapitalistischen Status als abhängig Beschäftigte, sondern werden zu zusätzlichen Leistungen und zusätzlichen Verzichten gezwungen. Der Staat agiert als Zuhälter.

Die ersten Arbeits“reformen“ in Deutschland

Die vier Hartz-Gesetze der sozialdemokratisch-grünen Regierung Schröder/Fischer gehörten zum Gesamtpaket der **Agenda 2010**: Die Steuern auf Unternehmensgewinne und hohe Einkommen wurden stark reduziert; der Verkauf von Unternehmen und Unternehmensanteilen wurde steuerlich gefördert, als Käufer wurden vor allem solche aus den USA gesucht.

Ergebnis sind Minijobs, Leiharbeit, Teilzeitarbeit, befristete Verträge, unbezahlte Probearbeit und unbezahlte Praktika: Die meisten dieser Arbeitsverhältnisse werden von den Beschäftigten nicht freiwillig angenommen, sondern erzwungener Weise. Für die Arbeitslosen wurden die Zahlung nach Dauer und Höhe gekürzt, und sie werden gezwungen, auch prekäre Arbeit anzunehmen. Deshalb müssen etwa eine Million Beschäftigte zusätzlich mit Arbeitslosengeld ihren Lohn aufstocken. Durch Sanktionen – Teil- oder Gesamtkürzung des Arbeitslosengeldes werden Arbeitslose menschenrechtswidrig verarmt.

Die Arbeitsverwaltung selbst wurde durch Beratungskonzerne wie McKinsey und Accenture auf Einsparungen und auf Disziplinierung der Arbeitslosen getrimmt. Ihnen sollen durch zurückhaltende Beratung zustehende Ansprüche vorenthalten werden. Auch die Beschäftigten der Arbeitsverwaltung werden ähnlich behandelt: Sie werden nur noch befristet eingestellt und ständig bewertet. Die Personalstellen werden im Vergleich zum Bedarf zu gering bemessen. Die Beschäftigten der Jobcenter müssen die Arbeitslosen, die als „Kunden“ bezeichnet werden, schnell und abweisend beraten. Viele Entscheidungen der Arbeitsverwaltung erweisen sich deshalb vor Gericht als

rechtswidrig. Der Staat fördert bei seinen eigenen Beschäftigten Zynismus und rechtswidrige Maßnahmen. Gelder, die für die Weiterbildung der Arbeitslosen bestimmt sind, werden zweckentfremdet, um die Arbeitslosen-Bürokratie zu finanzieren.

Vielfach schon vor den Hartz-Gesetzen gingen die Unternehmen zu eigenen Maßnahmen über: Sie forcierten die Teilzeitarbeit. Sie bekämpften heftiger als zuvor Betriebsräte und schwächten die rechtliche Stellung der Beschäftigten zusätzlich. Arbeitgeber verließen Tarifgemeinschaften und schwächten damit die Funktion der Gewerkschaften als Verhandlungspartner. Außerdem wurden und werden Unternehmen in hunderte und tausende Tochterunternehmen und Beteiligungen aufgespalten und behindern damit auch die Möglichkeit zur Bildung von Betriebsräten.

Fortsetzung mit den Merkel-Regierungen

Seit 2005 erweiterten die Nachfolgeregierungen unter CDU-Führung und Kanzlerin Merkel das Spektrum des Arbeitsunrechts: Den Arbeitslosen wurde die Zuzahlung zur Rente gestrichen, initiativ war hier als Arbeitsministerin von der Leyen. Erweitert wurde die Werkvertragsarbeit – zu der einen Million Leiharbeiter kommen heute etwa drei Millionen Werkvertragsarbeiter hinzu, mit noch schlechterer Stellung. Gegenwärtig erpressen die Unternehmensleitungen in Deutschland jährlich etwa eine Milliarde unbezahlte Überstunden, 2016 waren es 947 Millionen.¹ Dies bedeutet eine erpresste zusätzliche Abgabe der abhängig Beschäftigten von etwa 40 Milliarden Euro jährlich an die Arbeitgeber. Dabei handelt es sich bei dieser Zahl nur um die offiziell registrierten Überstunden: Immer mehr unbezahlte Überstunden werden nicht registriert und nicht bezahlt.

Die erwachsenen Auszubildenden erhalten keinen Lohn, sondern eine Vergütung. Sie beginnt in Deutschland bei einem Euro pro Stunde.²

Vermehrt wurde nach US-Vorbild die Arbeit auf Abruf (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, Kapovaz).³ So kommen etwa in der Textilhandelskette H&M die

Verkäufer*innen auf Basis eines 10-Stunden-Wochenvertrags in jedem Monat auf eine andere Stundenzahl und damit auch auf ein wechselndes, auch mal etwa ein für die Miete nicht ausreichendes Gehalt. Damit wird die Lebensgestaltung etwa mit Kindern, Ehe- und Lebenspartnern und Freunden schwieriger und aufwendiger, vielfach auf ein stressiges, (a)soziales kümmermaß reduziert. Dieses Arbeitsunrecht trifft vor allem Frauen, so das Ergebnis einer Studie des Berner Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung IZFG.⁴

Kapovaz-Beschäftigte werden so in eine Schwankungsbreite zwischen 40 und 150 Arbeitsstunden pro Monate gezwungen. Das Einkommen kann dann zwischen 400 und 1100 Euro schwanken. Weil diese Flex-Menschen zuhause auf den nächsten Einsatz warten müssen, der kurzfristig und unregelmäßig kommt, können gerade sie keinen Zweit- oder Drittjob annehmen. Das geht „in Richtung eines modernen Tagelöhnerertums“, sagt sogar Karl Brenke vom arbeitgeberfinanzierten Institut der Deutschen Wirtschaft (DIW).⁵

Der Staat als Zuhälter

Der Staat duldet und fördert das, indem er die notwendigen Kontrollen nicht durchführt. Das gilt etwa für den gesetzlichen Mindestlohn, der vielfach nicht gezahlt wird: Der Kontrollbehörde Zoll (Finanzkontrolle Schwarzarbeit, FKS) fehlen tausende Mitarbeiter. Als der Mindestlohn 2015 eingeführt wurde, wurde die nicht ausreichende Zahl von immerhin 1.600 zusätzlichen Kontrollbeamten beschlossen – davon waren zwei Jahre später aber nur weniger als 500 eingestellt.⁶ Finanzminister Schäuble erließ eine Verordnung, wonach die Dokumentationspflicht für Mindestlohn in mehreren Branchen abgeschafft wurde.⁷

Ähnliches gilt für die Einhaltung der Ruhezeiten der vielen hunderttausend LkW-Fahrer: Die Kontrolle durch das Bundesamt für

⁴ www.izfg.unibe.ch

⁵ Ausbeutet. Arbeit auf Abruf. ZDF zoom 18.10.2017

⁶ Antwort des Bundesministeriums der Finanzen vom 18.12.2017 auf die schriftlichen Fragen der Abgeordneten Susanne Fersch der Linksfraction im Bundestag, <https://www.linksfraktion.de>

⁷ Franz Josef Düwell: Abbau von Dokumentationspflichten zum Mindestlohn, <https://www.juris.de> 25.10.2017

¹ Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction im Bundestag, Bundestagsdrucksache 19/70

² ARD Tagesthemen 3.1.2017

³ Peter Pulte: Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit – Kapovaz. Heidelberg 1984

Güterverkehr funktioniert nicht.⁸

Ähnliches gilt für die Gewerbeaufsicht, die für die Sicherheit und Gefahrenabwehr an den Arbeitsplätzen zuständig ist.

Ähnliches gilt für die wechselnde Einteilung der Arbeitszeiten: Die Unternehmer verletzen millionenfach die Vorschriften des Teilzeit- und Befristungs-Gesetzes, wenn sie die Fristen für die Ankündigung von Schichtwechseln nicht einhalten. Aber die erpressten Beschäftigten wagen meist nicht zu protestieren, weil sie auf die zugeteilten Stunden angewiesen sind.

Während der Staat die kollektive Macht der Arbeitgeberseite fördert, schwächt er zusätzlich die ohnehin viel schwächeren kollektiven Vertretungsmöglichkeiten der abhängig Beschäftigten. Seit 2016 wird die Streikfähigkeit kleiner kämpferischer Gewerkschaften durch das „Tarifeinheits-Gesetz“ eingeschränkt.⁹

Nach US-Vorbild etablierte sich die neue Dienstleistungsbranche des Union Busting: Anwälte, Detektive, Medienspezialisten, Unternehmensstiftungen bekämpfen im Unternehmensauftrag professionell Betriebsräte und Gewerkschaften. Unternehmen fördern „christliche“ und „gelbe“ Gewerkschaften und solche betriebliche Wahllisten.¹⁰

Die Konzerne unterstützen diese Praxis weiter durch die Auslagerung von immer mehr Dienstleistungen in Subunternehmer, auch in transnationale Subunternehmerketten. Dabei unterschreiben die Subunternehmer zwar die Verpflichtung, die Gesetze einzuhalten, werden aber von den Konzernen nicht kontrolliert. Dies wird als „organisierte Verantwortungslosigkeit“ bezeichnet.

So brechen Unternehmer flächendeckend millionenfach Arbeitsgesetze und bleiben straflos. Der Staat agiert als Zuhälter.¹¹

Bordell-Staat Deutschland

Bis zu einer Million junge Frauen aus osteuropäischen Staaten halten sich in Deutschland auf: Sie dienen als Billig-Prostituierte in der EU-Spitzen-Bordell-Nation Deutschland.¹² 15 Euro für 20 Minuten „all

you can fuck“ im Fltrate-Etablisement. Oder 60 Euro für einen ganzen Tag mit beliebig wiederholbarer Sexualbedienung, Getränke inklusive.¹³

Das ist legal, seit die sozialdemokratisch-grüne Bundesregierung 2002 die Prostitution als normalen Beruf legalisiert hat. Man könnte über diese emanzipatorisch gemeinte Schutzmaßnahme diskutieren, wenn sie nicht in der Praxis ins Gegenteil verkehrt würde. Vielfach werden unter falschen Versprechungen junge Frauen aus armen EU-Staaten gewerbsmäßig angelockt („gute Verdienstmöglichkeiten in den Gastronomie“), dann erpresst, in Abhängigkeit und Angst gehalten, mundtot gemacht, verkauft und vermietet. Wenn das „junge Fleisch“ verbraucht ist, wird es durch eine etablierte Dienstleistungsindustrie durch „Frischfleisch“ ersetzt.

Hunderttausende Frauen aus Polen, Ukraine und Kroatien dienen für Unterkunft, Verpflegung und einen Minilohn als Altenbetreuerinnen in deutschen Familien; für die österreichischen Alten kommen die Frauen vor allem aus der Slowakei und Bulgarien; für die einsamen Alten in der Schweiz werden die Frauen durch eine auch hier etablierte Dienstleistungsbranche aus Ungarn vermittelt: Jedes reiche EU-Land hat seine Arbeits-Reserve-Kolonien in Osteuropa.¹⁴

So verdingen sich eine Million Polen schon lange in Großbritannien. Inzwischen arbeiten etwa 1,2 Millionen verarmte Ukrainer vor allem in Polen, zum Teil schwarz.¹⁵ Millionen Osteuropäer arbeiten unter verschiedenen Tarnungen: als Schwarzarbeiter ohne legalen Status oder als scheinselfständige Unternehmer; oder sie tarnen sich für Saisonarbeit bei der Obst- und Gemüseernte als Touristen. Hier verhindern die Unternehmer Gewerkschaften, die Regierungen kümmern sich nicht darum.

Arbeiterstrich

Ungezählte Arbeitsmigranten aus Rumänien, Bulgarien, Lettland, Polen leben auf den Straßen des reichen Deutschland. Anspruch auf Sozialleistungen und Arbeitslosengeld – erst nach fünf Arbeitsjahren. So stehen diese armen EU-Bürger frierend auf dem Arbeiterstrich deutscher Städte und hoffen, dass sie diesmal für einen Sklavenlohn eingekauft werden – so berichtet zumindest mal zur rührseligen Weihnachtszeit ein deutscher Rundfunksender.¹⁶

Ähnliches gilt übrigens auch für hunderttausende rechtlose Billig-Arbeiter und –Arbeiterinnen auf den Obst- und Gemüse-Plantagen in Süditalien und Spanien. Diese Arbeitsreserve-Armeen kommen vielfach aus anderen Kolonien, etwa aus Nord- und Mittelfrika und aus verschiedenen Staaten des Nahen Ostens, wo der Westen und seine islamistischen Freunde Kriege führen.

Die Migration der Konzerne

Auch Konzerne sind Migranten und nutzen billige Arbeitskräfte in den EU-Kolonien. Die deutsche Fluglinie Lufthansa verlegt die Wartung ihrer Flugzeuge nicht nur auf die Philippinen und nach Puerto Rico, sondern auch nach Bulgarien – der Mindestlohn dort beträgt 1,24 Euro, ein Ingenieur kostet dort nur ein Viertel des deutschen Ingenieurs.¹⁷ Nach dem Vorbild von Ryan Air entwickelt die Lufthansa mithilfe ausländischer Tochterfirmen prekäre Arbeitsverhältnisse auch für die lange privilegierte Berufsgruppe der Piloten.¹⁸

800.000 LkW-Fahrer, nicht nur aus Osteuropa, leben vielfach wie Nomaden monatelang in ihren LKWs auf deutschen Straßen und Parkplätzen. Die Speditionen sind oft Tochter- oder Vertragsfirmen der staatlichen deutschen Spedition Schenker und des Logistikkonzerns Deutsche Post DHL, der dem deutschen Staat und dem US-Investor Blackrock gehört.

Die Arbeitsverhältnisse bei Amazon in Deutschland sind schon mal Gegenstand öffentlicher Kritik, weil hier die Gewerkschaft verdi aktiv und weil der Weltkonzern Amazon bekannt ist. Auch die Arbeitsverhältnisse der globalen Konzerne der digitalen Plattform-Ökonomie wie Uber (Taxidienste) und Deliveroo, Foodora u.ä. (Essenslieferung) werden schon mal kritisiert. Aber z.B. die Arbeitsverhältnisse der Autozulieferfirmen, die von US-Investoren aufgekauft werden – sie verblissen in der Provinz. So kaufte etwa der US-amerikanische Elektroauto-Weltstar TESLA im Eifelstädtchen Prüm 2016 die technologisch hochqualifizierte Mittelstandsfirma Grohmann: Sie soll bei der Automatisierung des Baues von TESLA-Autos und Batterien helfen. TESLA verweigert einen Tarifvertrag und importiert Union Busting-Praktiken nach US-amerikanischem Muster ein.¹⁹ Der Konflikt rumort in der Provinz und ist ansonsten nicht vorhanden.

Eine tendenzielle Ausnahme sind Investoren aus China. Sie tauschen beim Kauf eines Unternehmens in Deutschland die Ge-

⁸ Wildwest auf den Straßen. Europa – Ausländische Fahrer als moderne Nomaden ausgenutzt, verdi publik 5/2016

⁹ www.labournet.de 18.7.2017

¹⁰ Werner Rügemeier/Elmar Wigand: Die Fertigmacher. Arbeitsunrecht und professionelle Bekämpfung von Gewerkschaften. Köln 2017

¹¹ Werner Rügemeier: Arbeitsverhältnisse – Unternehmer als straflose Rechtsbrecher, BIG Business Crime 4/2007

¹² Bordell Deutschland. Das

Milliardengeschäft mit der Prostitution,

ZDF 18.11.2017, 22.00 – 23.15 Uhr

¹³ Der Fleischmarkt am Rand von Berlin. Der Tagesspiegel 13.8.2015

¹⁴ Marianne Egger de Campo: Seniorensitterinnen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 38-39/2015, S. 17ff.

¹⁵ Touristen mit Spaten, junge Welt 13.7.2017

¹⁶ Migration aus Osteuropa, Deutschlandfunk 23.12.2012

¹⁷ Werner Rügemeier: Der große Etikettenschwindel, verdi publik 5/2017

¹⁸ Y. Jorens u.a.: Atypical forms of Employment in the Aviations Sector, Gent 2015

¹⁹ Der Spiegel 48/2017, S. 67

schäftsführung nicht aus wie es etwa bei US-Investoren üblich ist. Chinesische Investoren wollen keinen kurzfristigen Gewinn, verständigen sich mit den Gewerkschaften über den Erhalt von Arbeitsplätzen und eröffnen meist einen neuen Absatzmarkt in China.²⁰ Aber in der Öffentlichkeit und in der Bundesregierung überwiegt die Kritik am unfairen China, das die Menschenrechte verletze, während alle US-Investoren freudig begrüßt werden.

Europäische Union: Vorbild Deutschland

Das gegenwärtige systemische Arbeitsrecht in der Europäischen Union begann in Deutschland. Mittlerweile haben die Europäische Kommission und andere Regierungen dieses Vorbild übernommen. So führt der Exportmeister Deutschland in der EU bei verrechtlichtem Arbeitsrecht, bei Union Busting und working poor.²¹ So wurde und wird das EU-Europa unter deutscher und US-amerikanischer Führung zu einem hierarchischen System von Arbeitskolonien ausgebaut.

Die Regierungen wichtiger EU-Mitgliedsstaaten haben das deutsche Vorbild in unterschiedlicher Form übernommen: So in Italien die Regierung von Matteo Renzi mit dem Jobs Act, in Belgien das Loi Peeters, in Spanien die Deregulierung unter Präsident Mariano Rajoy, in Frankreich das Loi Travail von Francois Hollande, fortgeführt von Präsident Emmanuel Macron. In Großbritannien wurde unter der der Tory-Regierung von David Cameron der Null-Stunden-Arbeitsvertrag (Zero hour contract) eingeführt: Der Unternehmer ist nicht verpflichtet, eine bestimmte Zahl an Arbeitsstunden zu vergeben und zu bezahlen. Aber dies war und ist für die Europäische Kommission nicht genug.

Die Europäische Kommission nutzt die Staatsverschuldung von EU-Mitgliedsstaaten, um Gesetze des Arbeitsrechts und antigewerkschaftliche Praktiken durchzusetzen. Am massivsten findet dies weiter in Griechenland statt.²² Dabei kooperiert die Kommission bekanntlich mit dem Internationalen Währungsfonds IWF, der Europäischen Zentralbank EZB und Beratern wie Blackrock, Lazard, Rothschild und den „Großen Drei“ der US-Ratingagenturen Moody's, Standard & Poor's und Fitch.

²⁰ Werner Rügemer: Varianten des Kapitalismus. Vergleich des westlichen mit dem chinesischen Kapitalismus, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=40470>

²¹ Dorothee Spannagel u.a.: Aktivierungspolitik und Erwerbsarmut in Europa und Deutschland, [WSI-Report Juli 2017](http://www.wsi-report-juli-2017)

²² Aristeia Koukiadaki /Chara Kokkinou: Deconstructing the Greek system of industrial relations, European Journal of Industrial Relations 1/2015

2015 präsentierte die Kommission das Programm „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“. Jede Regierung soll überprüfen, „ob die Löhne wettbewerbsfähig sind im Vergleich zu anderen EU-Staaten und anderen Handelspartnern“. Wettbewerbsfähig ist also der Staat, der den Investoren die niedrigsten Arbeits- und Sozialkosten bietet. Damit soll die EU auch insgesamt „wettbewerbsfähig“ gegenüber USA, Japan und China werden. Grenzüberschreitend tun sich Unternehmerverbände zusammen, so der BDI mit Medef in Frankreich mit der Forderung, den EU-Arbeitsmarkt zu flexibilisieren!²³ Dazu soll die Digitalisierung als neuer Schub genutzt werden.

EU: Neue Arbeits- und Sozialrechte 2017

Am 17. November 2017 proklamierten die EU-Staats- und Regierungschefs in Göteborg die „Europäische Säule sozialer Rechte“.²⁴ (...)

Im Dezember 2017 unterzeichnete die Kommission das Freihandels-Abkommen mit Japan. Damit wird auch die extrem hohe Zahl an legalen, unbezahlten Überstunden akzeptiert, die zum verbreiteten Phänomen „Karoshi“ führen: Tod durch Überforderung (overstrain).

Widerstand in Deutschland

Der Dachverband der Gewerkschaften, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) und die große Metallgewerkschaft IGM haben die „Europäische Säule“ als Diskussionsgrundlage begrüßt – ebenso wie der Europäische Gewerkschaftsbund (European Trade Union Confederation, ETUC). Sie glauben immer noch, dass die gegenwärtige EU gut für die abhängig Beschäftigten ist.

Die IGM hat jetzt in ihren Tarifikampf die Forderung nach einer auf zwei Jahre begrenzten Arbeitszeitreduzierung auf 28 Wochenstunden mit anschließendem Rückkehrrecht eingeführt. Ansonsten dominieren in der Metallindustrie Abwehrkämpfe gegen Arbeitsplatzabbau bei großen Konzernen wie Siemens und Thyssen Krupp. Die Gewerkschaften führen Tarifverhandlungen durch, aber die Zahl der betroffenen Beschäftigten nimmt ab.

Dennoch entstehen bei einzelnen Gewerkschaften neue Aktionsformen. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bündelt Kräfte gegen die Arbeitsverhältnisse bei Amazon, im Krankenhausbereich fordert sie statt

²³ BDI/Medef: Für Wettbewerbsfähigkeit und mehr Arbeitsplätze in Europa. Aufruf an den Europäischen Rat, März 2014

²⁴ (SiG-Red.) S. Artikel im gleichen Heft: EU: Grenzenlose Arbeits-Flexibilität, nochmal heftiger?

Lohnerhöhung mehr Planstellen. Die Lehrgewerkschaft GEW organisiert prekäre Beschäftigte im Wissenschaftsbereich. Kleine Gewerkschaften sind bei Lokführern, Piloten und Flugbegleitern aktiv. Es finden zahllose betriebliche Kämpfe gegen die verschiedensten Formen des Arbeitsrechts statt. Niemand zählt und registriert und koordiniert diese Kämpfe, viele finden ohne gewerkschaftliche Beteiligung und ohne mediale Wahrnehmung statt.

In den letzten Jahren haben sich verschiedene Gruppen gebildet, die diese Lücke ausfüllen wollen. So habe ich, um ein Beispiel zu geben, mit einigen Kollegen vor drei Jahren die *aktion gegen arbeitsunrecht* gegründet. Wir haben inzwischen 300 Mitglieder und ein kleines Büro in Köln. Wir haben erfolgreich die Frage der Arbeitsrechte bei den Freihandelsverträgen thematisiert, nachdem die deutschen Gewerkschaften das vernachlässigt haben.

Arbeitsrechte als Menschenrechte

Wir organisieren zweimal im Jahr die Kampagne „Schwarzer Freitag der 13.“ Da werden nach öffentlicher Abstimmung auf unserer website Unternehmen angeprangert, die ihre Beschäftigten und die Vertreter der Beschäftigten besonders schlecht behandeln. Auf unserer website berichten wir laufend über betriebliche Konflikte. Solche Berichte werden inzwischen auch in andere Medien übernommen.

Wir verteidigen Arbeitsrechte, die in Deutschland gelten. Aber vor allem beziehen wir uns auf die universellen Menschenrechte und auf die daraus abgeleiteten Arbeitsrechte der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Wir gehen davon aus, dass diese Menschen- und Arbeitsrechte auch die geeignete Grundlage für die Kämpfe um die demokratische Neugründung Europas sind.

www.arbeitsunrecht.de,
Köln, Deutschland

Internationale Arbeitsorganisation,

ILO:

Südwind-Studie, [SiG 125](http://www.sudwind.de)
[Vertretung in Deutschland](http://www.sudwind.de)

Europas neue Reservearmee

- Die Deregulierung der Arbeitsmärkte drängt Millionen Europäer in Armut. Investigate Europe beweist: Die Prekarisierung wurde absichtlich herbeigeführt. Artikel von Harald Schumann und Elisa Simantke, September 2017 im [Tagesspiegel](http://www.tagesspiegel.de)

Zwangsarbeit und moderne Sklaverei in Europa: [bastamag](http://www.bastamag.de)

Attac Österreich

Ein Regierungsprogramm der Unsicherheit und Ausbeutung



Budgetpolitik auf Kosten der Mehrheit

Die neue Regierung will die Steuer- und Abgabenquote von rund 43 in Richtung 40 Prozent senken – also um rund 10 bis 12 Milliarden Euro. Zur Erinnerung: Jene Länder mit den höchsten Abgabenquoten sind auch Länder mit geringer Ungleichheit, guter öffentlicher Infrastruktur und hoher Lebensqualität.

Mit „Sparen im System“ und „Strukturreformen“ ist eine derartige Senkung der Abgabenquote jedoch nicht erreichbar. Ohne Beiträge der Vermögenden sind Einschnitte im Sozialbereich, bei Pflege, Gesundheit und Pensionen zu erwarten, die zu mehr Armut und stärkerer Ungleichheit führen werden. Was die Abgabenquote senkt, sind höhere private Beiträge für Bildung, Pensionen oder Gesundheit – und das können sich nur Besserverdienende leisten.

Hoch problematisch ist, dass die Regierung gleichzeitig eine Schuldenbremse in die Verfassung schreiben will. Wichtige Investitionen in Pflege, Bildung oder Klimaschutz können so verhindert, Ausgaben im Sozialbereich noch einfacher gekürzt werden. Zudem würde der Handlungsspielraum, bei Finanz- und Wirtschaftskrisen mit öffentlichen Investitionen und sozialer Absicherung gegenzusteuern, massiv eingeschränkt – was Wirtschaftskrisen weiter verschärft.

Steuergeschenke für Reiche und Konzerne

Die neue Regierung will die Steuern für Unternehmen senken – etwa durch eine Senkung der Körperschaftsteuer für nicht entnommene Gewinne. Kostenpunkt: Bis zu 4 Milliarden Euro. Doch die meisten Klein- und Mittelbetriebe werden davon nicht pro-

fitieren, denn sie zahlen Einkommen- und nicht Körperschaftsteuern. Profitieren werden vor allem einige wenige große Kapitalgesellschaften, die schon jetzt durch Maßnahmen wie die Gruppenbesteuerung begünstigt sind. Österreich ist damit voll auf Kurs im internationalen Steuerdumping – obwohl sich die Steuersätze für Unternehmen in Europa in den letzten 30 Jahren halbiert haben.

Bei der (noch nicht genau definierten) Reform der Einkommensteuer werden SpitzenverdienerInnen am stärksten profitieren, da sie alle Tarifsenkungen in unteren Steuerklassen mitnehmen. Gerade jene Menschen mit den geringsten Einkommen, die gar keine Lohnsteuer zahlen (darunter vor allem Frauen), profitieren hingegen gar nicht von dieser Reform. Ihnen nützt auch der geplante „Familienbonus“ nichts, bei dem Eltern 1.500 Euro pro Kind von der Steuer absetzen können. Rund 1,5 Milliarden sollen so an gut Verdienende verteilt werden. Für die Kinderbetreuung gibt es jedoch keine zusätzlichen Mittel.

Und obwohl das reichste Prozent in Österreich über 40,5% des Vermögens besitzt, fehlen (wenig überraschend) Maßnahmen gegen die steigende Ungleichheit, wie etwa Erbschafts- und Vermögenssteuern.

Hartz IV für Österreich: Mehr Armut, Angst und Niedrigstlöhne

Mit den Plänen der Regierung droht „Hartz IV“ für Österreich – also jene Maßnahmen, die Deutschland zum Land mit dem größten Niedriglohnsektor in Europa gemacht haben. Das Arbeitslosengeld soll nicht nur mit Bezugsdauer sinken. Die bisher daran anschließend ausbezahlte Notstandshilfe soll abgeschafft werden. Wer länger arbeitslos ist, soll in der Mindestsicherung landen.

Er/sie müsste also dann sein Auto und alles Ersparte bis auf rund 4000 Euro „verwerten“, um weiter Unterstützung zu bekommen. Wer in einer Eigentumswohnung lebt, muss die Behörde als Miteigentümer ins Grundbuch eintragen. Bislang konnten Arbeitslose bis zu 425 Euro dazuverdienen. Diese Möglichkeit soll wegfallen. In Summe würde das zu mehr Armut, Angst, Langzeitarbeitslosigkeit und Niedrigstlöhnen führen.

Gekürzt wird auch bei der Mindestsicherung: Eine Familie soll maximal 1.500 Euro im Monat erhalten - wie bereits in einigen Bundesländern (wahrscheinlich verfassungs- und europarechtswidrig) umgesetzt. Die Mindestsicherung für Asylberechtigte soll – wohl ebenfalls grundrechtswidrig - auf 365 Euro (plus 155 Euro „Integrationsbonus“) gekürzt und künftig in Form von Sach- statt Geldleistungen ausgezahlt werden können.

Die Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder soll je Land „angepasst“ werden. Ein Schweizer Manager bekäme dann mehr Kindergeld als jetzt, eine slowakische Altenpflegerin weniger! Neue Studiengebühren sollen 500 Euro pro Semester betragen - für Familien mit niedrigen Einkommen eine echte Hürde.

Schwächung der Arbeiterkammer zugunsten von Konzernen

Eine angekündigte Schwächung der Arbeiterkammer ist noch nicht konkret. Die AK wird aufgefordert, bis zum Sommer „Reformprogramme und Effizienzsteigerungen“ vorzulegen, dann behält sich die Regierung gesetzliche Schritte vor. Eine Schwächung der AK hätte klarerweise negative Folgen auf die ArbeitnehmerInnen insgesamt.

Verfügbarkeit rund um die Uhr: 12-Stunden Tag und 60 Stunden-Woche

Arbeitszeitgesetze bezeichnet die Regierung vielsagend als „wesentlichen Faktor für Standort und Arbeitsplätze“ – und nicht als Errungenschaften, die mühsam für mehr Gesundheit, Freizeit, Erholungszeit und Lebensqualität erkämpft wurden. Anstatt Arbeitszeit zu verkürzen soll dementsprechend die tägliche Höchstarbeitszeitgrenze generell von 10 auf 12 Stunden und 60 Stunden pro Woche erhöht werden – was bisher nur in Ausnahmefällen möglich war.

Wie von Konzernen gefordert, sollen Verhandlungen bei Arbeitszeitfragen weniger über Kollektivverträge sondern verstärkt auf betrieblicher bzw. individueller Ebene „gestaltet“ werden – also dort, wo die Macht der Unternehmen größer und die der ArbeitnehmerInnen kleiner ist. Von „Freiwilligkeit“ ist im Regierungsprogramm keine Rede. Aktuell sind betriebliche Alleingänge bei der Arbeitszeit noch unmöglich oder strafbar – auch um Dumping zwischen den Betrieben zu vermeiden.

Verschärft werden Sanktionen bei Arbeitslosengeld und Mindestsicherung. Zumutbare Wegzeiten werden für Teilzeitjobs von 1,5 auf 2 Stunden und für Vollzeitjobs von 2 auf 2,5 Stunden erhöht. Für arbeitslose AusländerInnen sind weitere Verschärfungen geplant. Damit wird letztlich auch der Druck auf alle anderen ArbeitnehmerInnen steigen, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen akzeptieren zu müssen.

Die Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension soll einer Teilpension weichen. Die Betroffenen sollen dann wieder am Arbeitsmarkt landen. So werden viele Menschen bis zum eigentlichen Pensionsanspruch eine sehr geringe Teilpension erhalten und ansonsten arbeitslos sein. Dazu passt die viel kritisierte Streichung der Aktion 20.000 für ältere Langzeitarbeitslose.

Der Weg in die nächste Finanzkrise: Banken und Finanzmärkte deregulieren

Im Bereich Banken, Versicherungen und Börse will die Regierung „Regulierung abbauen und auf EU-Standard zurückführen“. Zudem will sie auch die private Pensionsvorsorge über Kapitalmärkte erneut staatlich fördern – kein Wunder, kommt doch der neue Finanzminister Löger direkt aus der

Versicherungsbranche. Auch das kommt natürlich vorrangig Besserverdienenden zugute und bläht die Finanzmärkte auf.

Weiters geplant ist es „privates Kapital zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen, insbesondere Demographie, Klimaschutz, Energie, Bildung zu mobilisieren“ – sprich öffentliche Aufgaben für die Profit- und Anlagemöglichkeiten Privater öffnen. Insgesamt zeigt sich also, dass man aus der Finanzkrise nichts gelernt hat. Profite als Staatsziel: „Wettbewerbsfähigkeit“ in die Verfassung

Die Vorgängerregierung scheiterte 2017 noch am breiten Widerstand der Zivilgesellschaft, die neue Regierung will den Plan erneut in die Tat umsetzen: „Wachstum“ und ein „wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort“ sollen als Staatsziele in der Verfassung verankert werden. Damit sollen Urteile wie jenes gegen die klimaschädliche 3. Piste am Flughafen Wien in Zukunft verhindert werden. Dafür ist es geplant einen „Standortanwalt“, „Genehmigungsverfahren“ für (klimaschädliche) Infrastrukturprojekte „zu straffen“ und Umweltverträglichkeitsprüfungen zu reduzieren. Die Richtung ist klar: Wirtschaftsinteressen vor Umweltschutz.

Doch um „wettbewerbsfähig“ zu sein, müssen wir angeblich nicht nur beim Klima- und Umweltschutz auf die Bremse steigen. Seit Jahren wird uns eingeredet, dass wir dafür auch länger arbeiten, Löhne kürzen, Sozialleistungen streichen, öffentliche Dienste privatisieren sowie Steuern für Vermögende und Konzerne senken müssen. Daher ist „Wettbewerbsfähigkeit“ als Staatsziel eine gefährliche Drohung auf vielen Ebenen.

Auf Wunsch der Konzerne: CETA & Co. sollen kommen

Das CETA-Abkommen soll entgegen aller Versprechen der FPÖ ratifiziert und umgesetzt werden. Von einer Demokratisierung oder einer Neuausrichtung der EU-Handels- und Investitionspolitik ist kein Wort im Programm zu finden. Somit ist auch klar, dass die Regierung vielen weiteren Abkommen im Interesse von Konzernen zustimmen will.

Auf Kosten von MieterInnen: Angriff auf leistbares Wohnen

Bei den Mieten will die Regierung auf direkten Wunsch der Immobilienbesitzer das Verbot von Lagezuschlägen in Gründerzeitvierteln aufheben. Allein in Wien wären laut Schätzung der Arbeiterkammer bis zu 95.000 Wohnungen betroffen. Bestehende Mietverträge können nur mehr bis zum 25. Lebensjahr an Kinder weitergegeben werden. Ein weiterer drohender Angriff betrifft Familien, die gemeinsam in einer Wohnung leben. Wenn der/die HauptmieterIn stirbt, können die Familienmitglieder bisher den Mietvertrag übernehmen – zur selben oder nur gering erhöhten Miete. Schwarz-Blau will das nur noch Ehe- und eingetragenen PartnerInnen sowie Kindern bis 25 erlauben.

Schikanen und Abschottung für Asylsuchende

Verschärft werden auch Maßnahmen für Asylsuchende. Die Rede ist von Massquartieren am Stadtrand inklusive Ausgangssperren mit dem Ziel die Integration zu erschweren. Ebenso verboten wird die individuell angebotene Unterbringung.

Flüchtlingen soll beim Asylantrag ihr gesamtes Bargeld abgenommen werden. (Das mitgeführte Geld ist für viele der letzte Rest ihres Vermögens.) Abgeben sollen Flüchtlinge auch ihr Handy zwecks Kontrolle von Identität und Fluchtroute. Das Taschengeld von 40 Euro pro Monat soll völlig gestrichen (und durch Sachleistungen ersetzt) werden.

Mehr Überwachung in allen Lebenssituationen

Weiter geplant ist ein neues Überwachungspaket mit Bundestrojaner, einer neuen Form der Vorratsdatenspeicherung, Gesichtsfeldererkennung und Big-Data-Analysen - sowie neue Möglichkeiten für die Überwachung der Bürgerinnen und Bürger in allen Lebenssituationen.

Mehr Details dazu vom [Epicenterworks](#)

[Attac Österreich](#)

Simon Loidl, Wien

Durchmarsch der neuen österreichischen Regierung - Hartz IV wird kopiert [jw](#)

Gegen eine Politik der Unsicherheit und Ausbeutung

An der Demonstration am 13. Januar 2018 in Wien nahmen über 20 000 Menschen teil.

Bildreportage [hier](#); [Attac Österreich](#)

Großdemo gegen Schwarz-Blau!

Westbahnhof Sa 13.1. 14:00

Günter Küsters

Die Bayer-Monsanto-Fusion und die Rolle von BLACKROCK (sowie ihres Deutschland-Chefs Friedrich Merz)

Tod auf den Feldern. Gift im Essen.

BAYER / MONSANTO stoppen!

**Wir fordern: Stopp der Fusion von
BAYER / MONSANTO!**

**Stopp der Umweltzerstörung und Ver-
giftung durch Gentechnik und Pestizide!**

Das Geschäftsmodell von BAYER und MONSANTO ist skrupellos: Mit Pestiziden und Gentechnik machen beide ihre Profite, sie schädigen die Gesundheit von Bauern und Verbrauchern, zerstören das Weltklima und die Artenvielfalt und gefährden die Ernährungs- und Lebensgrundlage aller künftigen Generationen. BAYER möchte nun MONSANTO übernehmen und dieses lebensbedrohliche Geschäftsmodell so zugunsten gesteigerter Profite für Großaktionären ausbauen. Widerstand ist daher dringend notwendig: Für eine solidarische Gesellschaft ohne Profitjagd auf Kosten von Mensch und Natur!

<http://www.cbgnetwork.org/6721.html>

59 Milliarden Euro – das ist gleich ein mehrfacher Rekord. Bayer feiert damit nicht nur weltweit die teuerste Unternehmenshochzeit des Jahres, sondern gibt auch die höchste Barofferte in der Geschichte ab. Das Angebot bedeutet einen Aufschlag von 44 Prozent auf den Kurs, den die Monsanto-Aktie vor dem ersten schriftlichen Angebot von Bayer hatte. **Für die Finanzierung** hatte Bayer sich **einen Brückenkredit in Höhe von 57 Milliarden Euro** bei mehreren Investmentbanken gesichert.

Falls die Kartellbehörden der Fusion zustimmen, entsteht der **größte Saatgut- und Pestizidhersteller der Welt**. Bayer-Monsanto würde 30,1 Prozent des kommerziellen **Saatgutmarktes** und 24,6 Prozent des Pestizidmarktes kontrollieren. Es ist aber **nicht die einzige Fusion im Saatgut- und Pestizidbereich**: ChemChina will Syngenta und DuPont will Dow übernehmen. Zusammen könnten die „Big Three“ 60 Prozent des kommerziellen Saatguts und 70 Prozent der noch nie da gewesene Pestizide kontrollieren. Wenn neben Bayer-Monsanto auch die Fusionen von ChemChina und Syngenta sowie Dow Chemical und DuPont grünes Licht erhalten, würden **in Zukunft nur drei Konzerne rund 70 Prozent des globalen Pestizidmarktes und mehr als 60 Prozent des weltweit verkauften Saatguts kontrollieren**. Auch bei Syngenta wie BASF ist BlackRock der Hauptanteilseigner und mit Anteilen von 6,2 % bei DuPont und 6,0% bei Dow Chemical ebenfalls dort

stark vertreten. **Henry Kissinger** äußerte sich in diesem Zusammenhang einmal:

„Wer das Saatgut kontrolliert, beherrscht die Welt“.

Der Deal ist Teil einer **gigantischen Fusions- und Übernahmewelle (Mergers & Acquisitions – M&A)**, die gegenwärtig über den Globus rollt. Waren es 2012 2,7 Billionen Dollar, die für M&As ausgegeben wurden, so wurden 2014 für 3,7 Billionen und **2015 für über 5 Billionen Dollar** Unternehmen gekauft und verkauft; **eine Steigerung von 85% gegenüber 2012**. Einerseits zeigt dies, über **welch riesige liquide Mittel und Finanzreserven die Großkonzerne verfügen**. Andererseits wird das Fusions-Karussell durch die **Politik des billigen Geldes der Notenbanken geschmiert**, insbesondere der Fed und der EZB. Für die Konzerne war es noch nie so günstig, sich Geld zu leihen. Allerdings, siehe im Falle Bayer, wächst dadurch auch die **Verschuldung der Konzerne** und es entsteht mit der Fusionitis **eine zusätzliche Finanzblase**.

Dabei ist **BlackRock** mit einem Anteil von sieben Prozent der größte Aktionär bei Bayer - und mit 5,75 Prozent die Nummer zwei bei Monsanto. (SZ vom 21.9. 2016) und ist hier eher eine Verschmelzung vorrangig von US-Kapital. Sind diese Finanzinvestoren **die wahren Strippenzieher hinter dem Bayer-Monsanto-Deal?** "Vordergründig verhandeln natürlich die Vorstände", sagt der Fondsmanager Dirk Müller. Tatsächlich seien die Vorstände nichts anderes als die bestbezahlten Mitarbeiter, die Entscheider seien Aktionäre wie BlackRock, aber auch CAPITAL GROUP und Warren Buffet, mit einem Vermögen von 84,3 Milliarden Dollar der drittgrößte Mensch der Welt. "Man kann sagen, eigentlich verhandeln die Aktionäre auf beiden Seiten, die Eigentümer auf beiden Seiten, mit sich selbst." (...)

BlackRock verwaltet insgesamt bereits 5,98 Billionen US-Dollar (Stand: 11. Oktober 2017) und ist damit der größte Vermögensverwalter und größte Investor der Welt. (...) Es hält Beteiligungen an 18.000 Firmen weltweit.

BlackRock selbst hat seinen operativen Hauptsitz in New York, seinen rechtlichen Sitz aber in der größten Unternehmens-Finanzoase der Welt, im US-Bundesstaat Delaware. Wobei Aladdin, BlackRocks Analysesystem, die Geldanlagen bewertet. Außer den Finanzprodukten von BlackRock wird mit Aladdin auch die Entwicklung von etwa 30 000 Investmentportfolios im Wert von etwa 15 Billionen Euro überwacht.

Dieser Vermögenswert entspricht etwa 7 bis 10 % aller Vermögenswerte weltweit; hinreichend Relevanz auch für politische Einflüsse:

Nach der Finanzkrise beauftragte die Regierung von Präsident Barack Obama BlackRock mit der Rettung der bankrotten Banken und Versicherungen in den USA. Auch von der EU bekam BlackRock den Auftrag, die Europäische Zentralbank zu beraten und die Risikoanalysen für die Bankenrettung in Irland, Griechenland, Großbritannien und Zypern zu erstellen. (...)

Heute investieren nicht nur Top-Vermögende bei BlackRock. Auch Kleinanleger sind insbesondere via ETF's wie „ishares“ an über 1,2 Billion \$ des gesamten, von BlackRock verwaltenden Vermögens beteiligt. Und zwar durchaus mit hohem Risiko und unter Abgabe ihrer Stimmrechte an BlackRock, womit wegen der „Systemrelevanz“ die staatliche Risikoübernahme - via „Rettung“ 2.0 dann ev. wieder durch den Steuerzahler zu erwarten ist. Kleinanleger sind über **ishares bei Rohstoff- wie Immobilien-Spekulationen sowie mit am Rüstungsgeschäft von BlackRock beteiligt**. In Deutschland ist **Friedrich Merz (CDU) zugleich Ausschichtsratschef von BlackRock** (deutsche Zentrale im Opernturm in Frankfurt) und **Vorsitzender der Atlantik-Brücke**, Aufsichtsrat der Deutschen Börse, Gründungsmitglied der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Aufsichtsrat bei IVG Immobilien sowie dessen Chef beim Köln-Bonner Flughafen.

„Das transatlantische Bündnis ist eines der wichtigsten unserer Zeit. Seit fast 60 Jahren schafft die Atlantik-Brücke Verbundenheit, Verständnis und Austausch und ist ein Eckpfeiler in der modernen Wirtschaft, Politik und zwischen den Medien. Es ist eine Ehre, ein Teil davon zu sein.“, Kai Diekmann, **BILD**-Chefredakteur

Für BlackRock wird laut ManagerMagazin *„der 60-jährige Rechtsanwalt damit zur Schlüsselfigur seiner Wachstumsstrategie in Europa“* und wird **als Merkel – Nachfolger gehandelt**.

Als TTIP –Verfechter steht **Merz** jedoch nicht in großem Widerspruch zu Trump: *„Es kann durchaus sein, dass dieser Präsident noch für Überraschungen im positiven Sinne gut ist. ...Ein bisschen mehr Verlässlichkeit wäre gut.“* Dem gegenüber meint Merz unter vehementem Aufbau des Feindbildes zu China *„...wollen (die Chinesen) eine autoritäre politische Führung einer Einparteienherrschaft mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung verbinden und erhe-*

ben dabei zugleich einen globalen Machtanspruch. Den Schneid sollten wir uns nicht abkaufen lassen, wir müssen unser Modell liberaler Gesellschaften und offener Märkte dagegenhalten.“ Er setzt hier verstärkt auf Europa.

Aufgrund der vorher skizzierten politischen Verbindungen um die Bayer-Monsanto-Fusion ist es naheliegend, dass sich der **Widerstand dagegen aus verschiedenen, politischen Bewegungs- und Begründungszusammenhängen** zusammensetzen sollte:

- Umwelt- und „Dritte Welt“ - Bewegung (monopolisiertem, steigendem Pestizid- wie Saatgut – Einsatz)
- Anti-Globalisierungsbewegung (globale ökonomische Machtkonzentration, Vermögensumverteilung und Steuer“vermeidung“ via Steueroasen)
- Gewerkschaften (globale Unternehmens- und Vermögenskonzentration, Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzabbau)
- VVN und Antifa (auf dem Hintergrund der Lehren zur „IG-Farben“)
- Friedensbewegung (Feindbildaufbau via

Atlantik-Brücke und Geschäft mit der Hochrüstung durch BlackRock)
- linke Organisation allgemein (aufgrund des Lobbying und der strategische Ausrichtung von Politik unter Monopol-Kapital-Interessen)

Aktionen gegen diese Fusion sind insbesondere unter [Coordination gegen BAYER-Gefahren](#) zu finden.

Günter Küsters ist Mitglied von Attac Köln

Die Macht der Konzerne...

- Forum Umwelt und Entwicklung: Konzerne außer Kontrolle? Über Macht und Ohnmacht des Staates, 40-seitige [Broschüre](#)

- Attac Österreich: Steuertrickser IKEA hat erfunden, was Amazon, Starbucks, Google & Co. praktizieren, PM 19 Dez. 2017; Paradise Papers: Regierungen sind Konstrukteure und Komplizen des Systems, [News 6.11.2017](#)

- **WTO-Treffen in Buenos Aires (Dez. 2017)** - Attac Deutschland fordert die Bundesregierung auf, sich für eine Alternative zur WTO unter dem Dach der UN einzusetzen, die Kooperation statt Konkurrenz in den Mittelpunkt stellt. Die in den 40er Jahren verfolgte Idee für eine ITO scheiterte damals an der Ablehnung durch die USA. Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse haben sich inzwischen aber geändert. [mehr](#)
http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/ttip/wto/Attac_WTO-Flyer_112017.pdf

... und einige Widerstandsaktionen:

Aktionen gegen H&M am 13. Oktober 2017, [arbeitsunrecht](#)
- die nächste am 13. April

Die Aktion [./.](#) arbeitsunrecht ist ein Zusammenschluss von Arbeitern, Angestellten und engagierten Bürgern. In unserem Verein vernetzen sich Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschafter, Journalisten, Wissenschaftler, Rechtsanwälte und Menschenrechts-Aktivisten. Wir sammeln Wissen und praktische Erfahrungen über aggressive Arbeitgeber und ihre professionellen Helfer, deren Strategien und Netzwerke.

Amazon: Forderung nach einem Tarifvertrag - und [mehr](#); Streiks in [Bad Hersfeld](#)

12 wichtige Kämpfe im Jahr 2017:
<http://2017movements.tni.org/>

Alternativen zu GAFAM (Google - Amazon - Facebook - Apple und Microsoft); Übersicht über die [Software](#)

Pro Asyl Deutscher Bundestag verabschiedet inhumanes Gesetz

Am 1. Februar 2018 hat der Deutsche Bundestag den Familiennachzug für subsidiär Geschützte abgeschafft. Bis August soll eine Regelung erarbeitet werden, nach der pro Monat 1.000 Menschen zu subsidiär Schutzberechtigten nachziehen dürfen. Die von der SPD nachverhandelte Härtefallregelung ist bislang ein ungedeckter Scheck.

Trauriges Ergebnis im Bundestag: Trotz der Bedenken, die Vertreter von Kirchen, UNHCR, Wissenschaftler*innen und Menschenrechtsorganisationen in der Sachverständigenanhörung geäußert hatten, hat die Mehrheit der Abgeordneten der Abschaffung des Rechtsanspruchs auf Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus zugestimmt.



»Familien gehören zusammen!« **Einstieg in den Ausstieg aus einem Grundrecht**

Damit wird die vormalige zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs zu einem gesetzlichen Dauerzustand, der nach dem Willen der GroKo-Verhandler ab August 2018 mit einem »Gnadenrecht« ergänzt wird, das 1.000 Menschen pro Monat den Nachzug erlaubt. Ein rechtlicher Anspruch darauf besteht mit dieser Regelung allerdings nicht mehr. Folteropfern und Kriegsflüchtlingen wird damit das Recht verwehrt, mit ihrer Familie zusammenzuleben. [Mehr](#)

Menschenrechte vor Profit – weltweit!

**DISMANTLE
CORPORATE
POWER**



(Aus einem [Attac-Flyer](#))

In den Vereinten Nationen wird seit 2014 auf **Initiative von Ecuador und Südafrika** ein verbindliches Abkommen (Binding Treaty) für Wirtschaft und Menschenrechte verhandelt. Es sieht vor, dass **Konzerne sich nicht länger ihrer menschenrechtlichen Verantwortung entziehen können** und sich für Verstöße verantworten müssen. Und zwar auch dann, wenn sie im Ausland tätig sind oder es sich um Tochterunternehmen oder abhängige Zulieferfirmen handelt. Eingesetzt wurde diese Arbeitsgruppe des Menschenrechtsrats gegen die Stimmen der westlichen Industrieländer. Auch Deutschland und die EU verhalten sich skeptisch oder gar ablehnend und nahmen an den ersten Sitzungen nicht bzw. nur als passive Beobachter teil.

700 zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit setzen sich für ein verbindliches und möglichst starkes Abkommen ein.

<http://www.treatymovement.com/statement>

Der Zusammenschluss

<https://www.stopcorporateimpunity.org/> - koordiniert darüber hinaus Kampagnen gegen bestimmte Konzerne.

Attac ist an beiden beteiligt.

WAS SIND MENSCHENRECHTE?

Menschenrechte sind vor allem in dem **Internationalen Menschenrechtskodex** der UNO niedergelegt, der aus der **Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948** sowie den beiden darauf aufbauenden Menschenrechtsverträgen, dem **Zivil- und dem Sozialpakt**, die 1976 in Kraft traten.

Die Mitgliedsstaaten der UN sind verpflichtet, auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken. Hingegen werden Unternehmen in den Menschenrechtsdokumenten der Vereinten Nationen bisher nur indirekt über die staatliche Schutzpflicht angesprochen. Auch den im Juni 2011 einmütig vom UN-Menschenrechtsrat angenommenen UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte fehlt insofern die Rechtsverbindlichkeit.

Kriminellen Konzernen das Handwerk legen!

Ob Handys, Kleidung oder Schokolade: Am Beginn der globalen Produktions- und Lieferketten stehen regelmäßig schwerste Menschenrechtsvergehen. (...) Zwar stellt

niemand das Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen offen in Frage. Doch bleiben die bisherigen Erklärungen, Verträge und Leitprinzipien zahnlos: Entweder sind sie nicht rechtsverbindlich oder es fehlen ihnen Durchsetzungs- und Sanktionsmöglichkeiten. Dem stehen zahlreiche völkerrechtliche Verträge im Bereich von Investitionsschutz und Handel gegenüber. Sie sichern Konzernen z. B. direkten Zugang zu Arbeitskräften, Ressourcen und Absatzmärkten oder machen ihre Gewinne einklagbar. Auf diese Weise haben deren Profitinteressen effektiv Vorrang gegenüber Menschenrechten erhalten.

Das hat Folgen. So wurden zwischen 2005 und 2013 mehr als die Hälfte der an britischen, französischen und deutschen Börsen notierten Unternehmen mit Menschenrechtsverletzungen und negativen Wirkungen auf die Umwelt in Verbindung gebracht, darunter Unterdrückung von gewerkschaftlicher Organisation, Einschüchterung und Gewaltandrohung von GewerkschafterInnen, Zusammenarbeit mit Privatarmeen, Kinderarbeit, ausbeuterische Löhne, unzureichende Sicherheits- und Arbeitsstandards, etc. ([International Peace Information Service](#) 2015).

FALLBEISPIELE

Zahllose Sweatshops für Kleidung, in denen ArbeiterInnen unerbittlich ausgebeutet und schikaniert werden, vernachlässigen auch grob fahrlässig einfachste Sicherheitsstandards. Traurige Berühmtheit erlangte Rana Plaza 2013 in Bangladesch, wo ein mehrstöckiger Gebäudekomplex einstürzte, 1.134 Menschen umkamen und mehr als 2.400 Menschen teils schwer verletzt wurden. Seitdem haben viele westliche Unternehmen, die Kleidung in Bangladesch produzieren lassen, Bündnisse gegründet, die die Sicherheit in Fabrikgebäuden gewährleisten sollen. Doch weiterhin gibt es zahlreiche Mängel und die Arbeitsbedingungen als solche haben sich kaum gebessert.

Smartphones etc. funktionieren nicht ohne den Einsatz von » Konfliktmineralien « wie Coltan, das in großem Maßstab in der von Rebellen umkämpften Demokratischen Republik Kongo gewonnen und in die ganze Welt verkauft wird.

Während Milizen und Banden mit dem lukrativen Handel ihre Kriegsgeschäfte finanzieren, sind die MinenarbeiterInnen oft versklavt und massiver Gewalt ausgeliefert.

Große Technologiekonzerne (z. B. Apple, Samsung, Sony) führen kaum nähere Untersuchungen durch, ob in ihren Produktions- und Lieferketten Menschenrechte gewahrt bleiben.

Auf vielen **Kakaoplantagen der Elfenbeinküste**, wo ein Großteil der Weltkakaoernte produziert wird, arbeiteten 600.000 Minderjährige (2013) unter sklavenähnlichen Bedingungen. Dort müssen sie schwere, harte und gefährliche Arbeit leisten und bekommen oft gerade nur so viel zu essen, dass sie nicht verhungern. Wenn eines der Kinder krank wird, wird es » fortgeschafft «, wie andere berichten. Und wenn die großen, globalen Süßwarenkonzerne aufgrund öffentlichen Drucks dann doch einmal gegen diese Zustände vorgehen, sind sie nicht bereit, den Kakaobauern deswegen einen höheren Preis zu zahlen, während sie sich zugleich gegen Regulierungsversuche der Regierung wenden.

Die Forderungen der deutschen Treaty-Allianz

- Die Staaten müssen sich mit dem Binding Treaty verpflichten, die bei ihnen ansässigen Unternehmen ihrerseits gesetzlich zur Achtung der Menschenrechte zu verpflichten – auch in ihren Auslandsgeschäften, Tochterunternehmen und Lieferketten.
 - Betroffenen muss effektiver Rechtsschutz gewährt werden, auch im Herkunftsstaat eines Unternehmens.
 - Es ist zu regeln, wie Staaten in grenzüberschreitenden Fällen zusammenzuarbeiten haben, um Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen.
 - Der Binding Treaty muss festlegen, dass die in ihm enthaltenen Pflichten Vorrang vor den Verpflichtungen von Handels- und Investitionsschutzabkommen besitzen.
 - Es ist ein unabhängiger Expertenausschuss vorzusehen, der Staatenberichte zum Umsetzungsstand entgegennimmt und individuelle Beschwerden gegen Staaten prüft.
 - Der Binding Treaty muss einen Prozess zur Schaffung eines internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte anstoßen, vor dem Betroffene bei Menschenrechtsverstößen gegen transnationale Unternehmen klagen können.
- Doch Deutschland und die EU mauern. Macht Druck für einen wirkungsvollen Schutz von Menschenrechten!**

Die **Treaty Allianz Deutschland** besteht aus einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, zu dem neben Attac u. a. Brot für die Welt, FIAN, Misereor, Forum Fairer Handel oder Forum Umwelt und Entwicklung gehören. www.attac.de/treaty

Heft **„Auf dem Weg zu globalen Unternehmensregeln**, Herausgeber : Global Policy Forum und RLS, 5/ 2016

Samuel Pinheiro Guimarães

Die Europäische Union und das Ende des Mercosur

Samuel Pinheiro Guimarães aus Brasilien warnt vor den Folgen eines Freihandelsabkommens mit der EU für das
Regionalbündnis



[...] Der Mercosur

Der **Mercosur** (1) ist eine Zollgemeinschaft, die oftmals als unvollkommen bezeichnet wird (doppelte Erhebung von Einfuhrsteuern, der Ausschluss mancher Sektoren, umfangreicher Ausnahmenlisten etc) Dies sind die wichtigsten Ergebnisse des Mercosur seit seiner Gründung im Jahre 1991:

- Der Handel zwischen den Mercosur-Staaten stieg um mehr als das Elfache, während der weltweite Handel nur um das Fünffache zunahm.
- Die Investitionen nationaler Privatunternehmen der Mitgliedstaaten in die Wirtschaft anderer Mercosur-Staaten wurde stark ausgebaut.
- Es gab einen Zufluss direkter Investitionen in die Mercosur-Staaten aus Industriestaaten mit Kapitalüberschuss und aus China.
- Infrastrukturprojekte in den Mitgliedsländern wurden durch Finanzinstitutionen der Mercosur-Staaten finanziert.
- Focem wurde geschaffen, der Fonds für die strukturelle Annäherung des Mercosur, mit unterschiedlich hohen Beiträgen (97 Prozent aus Brasilien und Argentinien); durch die Vergabe von nicht rückzahlungspflichtigen Krediten ermöglicht man die Durchführung von Infrastrukturprojekten, insbesondere in Paraguay und Uruguay (sie erhielten 80 Prozent der Mittel) mit dem Ziel, die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten des Mercosur abzubauen und bessere Bedingungen für die Entwicklung zu schaffen.
- Die Arbeitskräftemobilität wurde durch die Unterzeichnung der Abkommen über Aufenthalt und Sozialversicherung erhöht.
- Der koordinierte Erfahrungsaustausch betreffend Sozialprogramme wurde eingeführt, insbesondere im Bereich der Armutsbekämpfung.
- Die Demokratie wurde konsolidiert und verteidigt.

[...] Trotz seiner Erfolge wird der Mercosur täglich von den Massenmedien kritisiert, denen es im Laufe des vergangenen Jahrzehnts gelungen ist, ein negatives Bild des Mercosur in der öffentlichen Meinung zu schaffen. Er wird als gescheiterte Vereinba-

rung und Organisation beschrieben, die den Interessen Brasiliens schade und als eine für Brasilien „unangemessene“ Partnerschaft mit Ländern wie Argentinien und Venezuela. [...]

Die **Pazifik-Allianz** besteht aus vier Staaten (Mexiko, Kolumbien, Peru und Chile) die jeweils Freihandelsabkommen mit den USA abgeschlossen haben. Jeder einzelne dieser Staaten hat dutzende von Freihandelsverträgen mit anderen Staaten oder Staatenbündnissen. [...]

Der Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Pazifik-Allianz ist von geringerer Bedeutung, auch weil diese Länder nicht über diversifizierte Exportangebote und über keine bedeutenden Industrieparks verfügen (mit Ausnahme Mexikos, wenn auch mit besonderen Merkmalen in Folge der **Maquiladoras**); zudem stehen diese Staaten auf dem internationalen Markt bei vielen Artikeln, insbesondere bei Mineralien, in Konkurrenz zueinander.

Dass diese Länder in den letzten Jahren relativ hohe Wachstumsraten verzeichneten, bedeutet nicht, dass sich die Entwicklung der Wirtschaft selbst verbesserte, da sie keine Diversifizierung der Produktionsstrukturen durchführten und weder das Einkommensniveau noch den Reichtum angehoben haben.

Nach der Unterzeichnung der Abkommen für „freien Handel“ mit den USA stiegen die US-Exporte in Chile, Peru und Kolumbien sehr viel stärker als deren Exporte in die USA; und im Gegensatz zu dem, was zur Verteidigung dieser Abkommen angeführt wurde, konzentrierten sich diese Exporte auf die selben traditionellen und nichtdiversifizierten Produkte.

Im Unterschied zu dem, was die großen Medien (mit oder ohne Absicht) anscheinend ignorieren, besteht zwischen dem Mercosur und Chile, Peru und Kolumbien ein Freihandelsabkommen; und 2019 wird der Handel zwischen dem Mercosur und jedem dieser Länder der Pazifik-Allianz völlig liberalisiert sein.

Was die Integration in die internationale Wirtschaft und in die weltweiten Produktionsketten angeht, zeigen zwei Tatsachen, dass die brasilianische Wirtschaft weit davon entfernt ist, „isoliert“ oder an der Weltwirtschaft nicht beteiligt zu sein: Der brasilianische Außenhandel stieg von 108 Milliarden Dollar (2002) auf 322 Milliarden Dollar (2016) und der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen wuchs von 26 Milliarden Dollar (2002) auf 79 Milliarden (2016). [...]

Folgen eines Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur

Schließlich verteidigen die Massenmedien, die Unternehmervverbände und die Ökonomen die Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur als unverzichtbar für eine bessere Einbindung Brasiliens in die Weltwirtschaft, was laut diesen Spezialisten die Wiederherstellung hoher Wachstumsraten ermöglichen würde.

Es wäre also interessant die möglichen Konsequenzen eines Abkommens zwischen der EU und dem Mercosur zu prüfen:

- Von einer gegenseitigen Aufhebung des größten Teils der **Zölle** beispielsweise um 90 Prozent, würde die EU eher profitieren als Brasilien, da der durchschnittliche Zolltarif der Industriegüter in der EU (rund 4 Prozent) viel niedriger ist als der durchschnittliche im Mercosur (rund 12 Prozent); und das aktuelle Handelsdefizit Brasiliens bei Industriegütern mit Europa, das jetzt schon erheblich und chronisch ist, wird sich noch mehr verschärfen. Die Tatsache, dass man den Zeitraum der Aufhebung auf 15 Jahre festlegt, entkräftet dieses Argument nicht.
- Die Reduktion und mögliche Aufhebung der Importzölle des Mercosur (einschließlich Brasiliens) hätten keinerlei positiven Effekt auf das aktuelle **technische Niveau** der in Brasilien ansässigen Industrie, da allgemein bereits die Einfuhr von Kapitalgütern von Zöllen befreit ist, wenn es keine gleichwertigen auf nationaler Ebene gibt. Im Falle einer totalen Handelsliberalisierung würde sich das stark auf nationale oder ausländische, in Brasilien ansässige Industrieunternehmen auswirken, vielleicht sogar ihr Verschwinden verursachen.
- Da das durchschnittliche technologische Niveau der brasilianischen **Industrie** unter dem der EU-Industrie liegt, wäre sie nicht in der Lage, auf den europäischen Märkten oder selbst auf den Mercosur-Märkten mit den Exportprodukten der europäischen Industrie zu konkurrieren, die dann zollfrei sind.
- Einer der Anreize für die direkten Industrieinvestitionen Europas in den Mercosur-Ländern, wie die „Umgehung der Zollschranke“, um auf dem internen Markt des Blocks zu produzieren und zu konkurrieren, würde nicht mehr bestehen. Folglich würde der Fluss ausländischer **Direktinvestitionen** in die Industrie des Mercosur (insbesondere in Brasilien und Argentinien) abnehmen, was sich negativ auf die Beschäfti-

gung und auf das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz selbst auswirken würde.

– Eine Folge der Aufhebung von Importzöllen für europäische Industriegüter wäre wahrscheinlich in vielen Fällen – dass es lukrativer wäre, auf den brasilianischen Markt zu exportieren, anstatt weiterhin hier zu produzieren, und so könnten die derzeitigen produktiven Investitionen wieder in ihren Herkunftsländern getätigt oder ihre im Mercosur bestehende Kapazität nicht erhöhen werden.

– Die Normen zu ausländischen Investitionen, geistigem Eigentum, Dienstleistungen, Staatskäufen und Handelsschutz wären für die multinationalen Megakonzerne noch vorteilhafter, als sie im Ergebnis der 1994 abgeschlossenen Uruguay-Runde geworden sind, die zur Schaffung der Welthandelsorganisation geführt hat.

– Die Möglichkeit, dass die Mercosur-Regierungen auf nationaler wie regionaler Ebene eine gemeinsame Industrie-, Handels-, und Technologiepolitik in die Tat umsetzen, wäre noch geringer. Wegen der, wie man unter Ökonomen sagt, noch größeren Einengung des policy space (gesetzlicher Handlungsspielraum für politische Maßnahmen), aufgrund der übernommenen Verpflichtungen in dem eventuellen Abkommen.

– Die Möglichkeit, nationale und regionale Vorzugsbehandlungen für die in den Mercosur-Ländern ansässigen Unternehmen in den Dienstleistungssektoren, bei Staatskäufen und in anderen Bereichen umzusetzen, würde verschwinden.

– Die Aufhebung der Industriezölle, die aus einem EU-Mercosur-Abkommen hervorgehen würden, würde den Vorzug beseitigen, den derzeit die im Mercosur ansässigen Unternehmen im Vergleich zu Konzernen, die außerhalb des Mercosur liegen, genießen. Infolgedessen würde der Mercosur, dessen Essenz der gemeinsame Außenzoll ist, für die europäischen Unternehmen aufhören zu existieren.

– Die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur, durch den europäische Unternehmen im Handel mit dem Mercosur (und mit dem Brasiliens) bevorzugt würden, würde zu einer unmittelbaren Anfrage unserer wichtigsten Handelspartner, nämlich China, die USA und Japan, führen, mit ihnen über ähnliche Abkommen zu verhandeln. Eine Ablehnung wäre praktisch unmöglich. [...]

– Die Möglichkeit einer industriellen Entwicklung in Brasilien, ausgehend von nationalen und durch in Brasilien ansässige ausländische Unternehmen, wäre ebenfalls nicht mehr gegeben.

– Die Auswirkungen auf die Beschäftigung wären erheblich, mit schwerwiegenden sozialen Folgen für die Länder mit einem hohen Urbanisierungsgrad wie Argentinien oder Brasilien, da der Durchschnittslohn pro Arbeiter in der Industrie ein Vielfaches

des Durchschnittslohns des Arbeiters in der Landwirtschaft und im Bergbau beträgt.

– Hinsichtlich des Handels mit **Agrarerzeugnissen**, der von der EU stark reguliert wird, da sie den Schutz der Landwirtschaft als eine strategische Frage ansieht, würde das Abkommen nicht zu einer allgemeinen Liberalisierung des Handels und des Zugangs für Agrarerzeugnisse aus dem Mercosur (und Brasilien) zu den europäischen Märkten führen. Die EU wäre nur bereit, dem Mercosur für ganz bestimmte Agrarerzeugnisse Einfuhrquoten und Zollfreiheit zu gewähren. Der Export dieser Güter würde jedoch nicht zwangsläufig zu einer Erhöhung der brasilianischen Einnahmen (und der anderen Mercosur-Staaten) führen. [...] Die mögliche Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der EU und dem Mercosur würde zukünftige Verhandlungen um eine von der EU eventuell gewährte Vergrößerung der Importkontingente unmöglich machen, da die EU, nach der Beseitigung der Zölle für 90 Prozent der industriellen Zolltarifpositionen, ihr strategisches Ziel schon erreicht hätte: die Öffnung des brasilianischen Marktes (und des Mercosur-Marktes) für ihre Exporte, während sie zugleich die protektionistische Agrarpolitik und ihre subventionierte und ineffiziente Landwirtschaft beibehalten könnte.

(1). Dem Wirtschaftsbandnis Gemeinsamer Markt des Südens (Mercosur) gehören Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela an. Venezuela nimmt an den Verhandlungen mit der EU nicht teil, da seine Stimmrechte seit August 2017 aufgehoben sind. Der Widerstand der sozialistischen Regierungen gegen das Freihandelsabkommen hatte sich wegen des Prinzips der Einstimmigkeit im Mercosur als Hindernis für die Bestrebungen der übrigen Mitgliedsländer erwiesen. Brasiliens Außenminister, Aloysio Nunes, räumte freimütig ein, dass die Suspendierung Venezuelas ihnen größeren Spielraum bei den Verhandlungen für das Abkommen mit der EU verschafft hat.

Samuel Pinheiro Guimarães aus Brasilien ist Autor und war Diplomat der Regierung von Luiz Inácio Lula da Silva.

Quelle: [Nodal amerika21](#)
Übersetzung [Frederik Kahl Benloch](#)

Geleakte Dokumente belegen Nachteile für Mercosur

Januar 2018

19 Texte sind an die Öffentlichkeit gelangt, die den massiven Druck Brüssels auf die südamerikanischen Staaten belegen. Unter den durchgesickerten Texten erregt besonders das Kapitel Aufmerksamkeit, das sich mit der **Konfliktlösung** beschäftigt. Es stellt klar, wie die Mercosur-Länder gezwungen werden könnten, auf juristische Souveränität zu verzichten und noch rigide Forderungen zu akzeptieren, als sie von

der EU in anderen Abkommen mit Ländern der Peripherie definiert sind. Die EU könnte demnach die Staaten wegen Nichterfüllung des Abkommens vor ein internationales Gericht bringen und wenn das jeweilige Mercosur-Land unterliegt, die Importzölle für seine Produkte so lange erhöhen, bis es seine Politik und Normen ändert. Zwar könnte auch die EU verklagt werden, das ist wegen der geringeren Internationalisierung, Ressourcen und Klagefähigkeit der Mercosur-Unternehmen jedoch unwahrscheinlich.

Vor dem November 2017 öffentlich gewordene Verhandlungstexte belegen, dass die EU ihre Forderungen noch verschärft hat. Das betrifft vor allem die Forderung nach einer größeren Flexibilisierung für die Teilnahme europäischer Unternehmen an **öffentlichen Ausschreibungen**. Damit würde ein zentrales Instrument zur Förderung neuer Industrien und Dienstleistungen in den beteiligten südamerikanischen Ländern ausgehebelt. [...]

Vor allem aber fordert die EU einen noch viel größeren Schutz des intellektuellen Eigentums zu Gunsten ihrer Konzerne. Dies führt, wie bei anderen Abkommen zwischen Industriestaaten und Entwicklungs- sowie Schwellenländern festgestellt wurde, zum Beispiel zu einem starken **Preisanstieg bei Medikamenten**. Damit würde die Entwicklung einer lokalen Pharmaindustrie für Generika behindert und der Zugang zur Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung noch mehr begrenzt, als es heute ohnehin schon durch die Sparpolitik im öffentlichen Gesundheitswesen der Fall ist.

Kritiker weisen zudem darauf hin, dass ein Abkommen, welches geheim und nach dem Prinzip "alles oder nichts" ausgehandelt wird, strukturelle Veränderungen von Gesetzen, Normen und Regierungspolitiken beinhalten könnte. Die Parlamente würden gezwungen, Gesetze zu verabschieden, ohne vorherige ernsthafte Untersuchungen durchzuführen und ohne die notwendige offene Debatte über eventuelle Konsequenzen zu führen.

Engere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen dem Mercosur und der übrigen Welt könnten auf anderen Wegen geschaffen werden und sollten auf der Erweiterung und Nachhaltigkeit der Produktion sowie auf sozialen Verbesserungen beruhen. Es müsse darum gehen, die bekannten Asymmetrien zwischen Regionen und Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand zu überwinden.

Geschehe dies nicht, würden lediglich die Ungleichgewichte verstärkt. Dies könne anhand der Erfahrungen mit den bereits von lateinamerikanischen Ländern unterzeichneten Freihandelsabkommen festgestellt werden, die als "Integrationsmodell für die Welt" angepriesen wurden, während Statistiken ihre zunehmend negativen wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse belegen.

Quelle: www.amerika21.de

Krieg im Informationsraum Bericht vom IMI-Kongress 2017

Der jährliche Kongress der Informationsstelle Militarisation (IMI e.V.) im November 2017 widmete sich dem „Krieg im Informationsraum“. Der augenfälligste Anlass dürfte die Aufstellung des Kommandos Cyber- und Informationsraum Mitte 2017 gewesen sein. Dem zugehörigen Organisationsbereich mit gut 13.000 Dienststellen steht ein eigener Inspekteur vor, womit er den Teilstreitkräften Heer, Marine und Luftwaffe nahezu gleichgestellt ist. Darüber hinaus zeigte sich auch in der praktischen Arbeit der IMI in den letzten Jahren verstärkt, dass gerade in der internationalen Politik und in Konflikten wie in der Ukraine und Syrien mit vielfältigen, oft manipulierten Nachrichten oder Informationen umzugehen ist. Spekulationen über die Urheber und Motive von Cyberattacken und Leaks sind Teil der Geopolitik und der verschärften Spannungen zwischen den USA und Russland geworden. Immer deutlicher zeigen sie ihr Potential, auch zu handfesten militärischen Konflikten zu eskalieren. [Mehr](#)

Krieg und Frieden in den Medien IALANA-Tagung, 26. bis 28.01.2018 in Kassel

Filmbeitrag bei [weltnetz-TV](#);
Berichte [hier](#) (Neue Rheinische Zeitung),
[hier](#) (Nachdenkseiten) und [hier](#) (Rubikon)
Einzelne Referate: [Daniela Dahn](#) zur Pressefreiheit;
Karin [Leukefeld](#) über Syrien;
Ulrich [Teusch](#) „Friedenssicherung sollte Aufgabe aller Medien sein“; Friedhelm [Klinkhammer](#) „Öffentlich-rechtliche Massenmanipulation“; Volker [Bräutigam](#) „Was nützen Programmbeschwerden?“; Jens [Wernicke](#) zu den Chancen „alternativer“ Medien

Aktionen der Friedensbewegungen in Deutschland 2018 : [Übersicht](#)

Berichte und Dokumente vom 24. Friedensratschlag
<http://www.friedensratschlag.de/>

Kein Frieden mit der Europäischen Union,
[IMI-Broschüre](#)

Attac Deutschland

Aufruf zu den Protesten gegen die Münchner Sicherheitskonferenz



Das globalisierungskritische Netzwerk Attac ruft zu den [Protesten gegen die 54. Münchner Sicherheitskonferenz](#) (Siko) auf, zu der vom 16. bis 18. Februar Staats- und Regierungschefs sowie hochrangige Vertreter aus Politik, Militär, Wirtschaft und Rüstungsindustrie, überwiegend aus den NATO-Staaten, in München zusammenkommen. **"Frieden statt Aufrüstung! Nein zum Krieg!"** Unter diesem Motto werden am Samstag, 17. Februar, Tausende Menschen in einer internationalen Großdemonstration auf die Straße gehen und den Tagungsort – das Luxushotel Bayerischer Hof – mit einer Menschenkette durch die Münchner Fußgängerzone symbolisch umzingeln. Bei der Kundgebung auf dem Marienplatz spricht unter anderen Jürgen Grässlin, Attac-Mitglied und Sprecher des Friedensgesellschaft DFG-VK.

"Entgegen ihrer Selbstdarstellung geht es den Veranstaltern der Siko nicht um die friedliche Lösung von Konflikten oder um die Sicherheit der Menschen durch ausreichend Nahrung, Wasser, Bildung, Wohnraum, existenzsichernde Einkommen, Frieden und eine intakte Natur. Die Siko ist ein Forum zur Rechtfertigung der NATO, ihrer Rüstungsausgaben und ihrer völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze, die der Bevölkerung als 'humanitäre Interventionen' verkauft werden", sagt Michaela Amiri, vom bundesweiten Attac-Rat. "Mit unserem Protest erklären wir den auf der Siko versammelten Entscheidungsträgern: Eure Sicherheit ist unsere Unsicherheit – hier in Deutschland und weltweit!"

Während Attac mehr Geld für Gesundheit, Bildung, Sozialwohnungen, Integration und eine menschenwürdige Grundsicherung fordert, plant die Bundesregierung, die Ausgaben für den Verteidigungshaushalt von derzeit 37 Milliarden auf 75 Milliarden Euro bis 2024 zu verdoppeln.

Attac München unterstützt zudem die [Internationale Münchner Friedenskonferenz](#) von Donnerstag bis Sonntag, 16. bis 18. Februar, die als Gegenveranstaltung zur Siko eine Plattform für friedenspolitische Ansätze bietet.

Vollständiger Text: [Attac Deutschland](#)

Infos unter www.antisiko.de und www.sicherheitskonferenz.de

FRIEDEN STATT AUFRÜSTUNG - NEIN ZUM KRIEG!

Geht mit uns auf die Straße am Samstag 17. Februar 2018

» [als PDF zum Download](#) - » [Wer unterstützt diesen Aufruf?](#)

Während im Februar in **München** die 54. Konferenz unter dem Titel Sicherheit stattfindet,

- stehen sich aufgrund der vorgerückten NATO-Truppen an der russischen Grenze die größten Militärmächte der Welt gegenüber,
- droht der Konflikt zwischen Nordkorea und der USA zu einem Atomkrieg zu eskalieren,
- beteiligen sich die NATO-Staaten und ihre Bündnispartner an der Zerstörung der Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen und zwingen sie damit zur Flucht, beispielsweise in den kurdischen Gebieten, im Jemen und in Afghanistan,
- leiden weltweit 815 Millionen Menschen unter chronischem Hunger. Alle zehn Sekunden stirbt ein Kind unter fünf Jahren an den Folgen von Unterernährung. Aber auch in Deutschland leben 15 % der Bevölkerung in Armut und sozialer Unsicherheit. Es ist also höchste Zeit, über globale Sicherheit für alle Menschen zu reden, doch darum geht es auf der sogenannten Sicherheitskonferenz (SIKO) in München nicht.

Was ist die SIKO?

Auf der SIKO vom 16.-18. Februar 2018 treffen sich im Bayerischen Hof in München Staats- und Regierungschefs sowie hochrangige Vertreter aus Politik, Militär, Wirtschaft und Rüstungsindustrie, überwiegend aus den NATO-Staaten. Diese Konferenz wird von den Veranstaltern weltweit als Beitrag zur internationalen Sicherheit beworben. Entgegen ihrer Selbstdarstellung geht es aber nicht um die friedliche Lösung von Konflikten oder um die Sicherheit für die Menschen auf der Welt. Stattdessen ist die SIKO ein Forum zur Rechtfertigung der NATO, ihrer Rüstungsausgaben und ihrer völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze, die der Bevölkerung als „humanitäre Interventionen“ verkauft werden.

Um welche Sicherheit geht es?

Wenn auf der SIKO über Sicherheit geredet wird, geht es nicht um soziale Sicherheit wie die Gewährleistung von ausreichender Nahrung, Wasser, Wohnraum, Gesundheit, Bildung, Frieden, existenzsichernde Einkommen, Mitbestimmung, Gleichberechtigung und einer intakten Natur. Soziale Sicherheit für alle Menschen auf dem Globus wäre jedoch ein richtiger Ansatz, um dem Terrorismus den Boden zu entziehen, und einen der wesentlichen Gründe zu beseitigen, die Millionen Menschen zur Flucht zwingt.

Den NATO-Strategen auf der SIKO geht es dagegen darum, mit militärischer Stärke durch die Erhöhung der Militärausgaben, Beschaffung neuer Waffensysteme, Killerdrohnen, und der Perfektionierung ihres Atomwaffenarsenals die wirtschaftliche Vormachtstellung des „Westens“ zu sichern. Die NATO ist mit den verbündeten Staaten für zwei Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben von 1686 Milliarden Euro verantwortlich. NATO-Staaten sind hauptverantwortlich für die letzten Kriege in Afghanistan, Irak, Libyen und sie sind wesentlicher Akteur in Syrien und Kurdistan. Mit ihren Militäreinsätzen sollen Regierungswechsel erzwungen und Profite großer Konzerne, der Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten sowie die „Nachfrage“ nach Waffen gesichert werden. Durch die Kriege der NATO werden die Lebensgrundlagen und somit jegliche soziale Sicherheit in den betroffenen Regionen zerstört und hunderttausende Zivilisten getötet.

Daher richtet sich unser Protest gegen die NATO. Deren Sicherheit ist nicht unsere Sicherheit. Dieses Militärbündnis des kapitalistischen Westens ist eine weltweite Bedrohung.

Welche Rolle spielt dabei die Bundesrepublik?

Die Lehre aus den zwei von Deutschland entfesselten Weltkriegen heißt: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!“ Im Widerspruch dazu ist die Bundeswehr an 13 Auslandseinsätzen beteiligt. Unter Bruch der Verfassung ist Deutschland die militärische Drehscheibe für die von USA und NATO geführten Kriege. Hier befinden sich deren wichtigste Kommandozentralen. Von Ramstein aus werden Waffen- und Truppentransporte abgewickelt, Kampfeinsätze gestartet und der Einsatz von Kampfdrohnen gelenkt.

Zwei Drittel der UN-Mitgliedsstaaten haben ein Atomwaffenverbot beschlossen.

Auch 93 % der deutschen Bevölkerung will Nuklearwaffen verbieten. Doch die Bundesregierung hat sogar die Vertragsverhandlungen boykottiert. Sie hält an der Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland fest und lässt ihren Einsatz von Bundeswehrpiloten trainieren.

Rüstungskonzerne verdienen Milliarden mit den Waffenexporten in Krisengebiete. Türkei, Saudi-Arabien und andere Länder nutzen für ihre Kriege in Deutschland produzierte Waffen.

Die Bundesregierung plant bis 2024, die jährlichen Militärausgaben auf rund 75 Mrd. Euro (2 % vom BIP), zu verdoppeln. Dies wäre aktuell jeder 5. Euro des Bundeshaushaltes. Diese Milliarden für die Aufrüstung fehlen dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden: im Sozialbereich, z.B. Bildungs- und Gesundheitswesen, für den Bau von Sozialwohnungen, die Kommunale Infrastruktur, und die Integration der Geflüchteten sowie den ökologischen Umbau. Auch in Entwicklungsländern wären solche finanziellen Mittel dringend nötig.

Wer sind wir?

Das Aktionsbündnis ist Teil der weltweiten Bewegung für soziale Gerechtigkeit und friedliche Konfliktlösungen. Mit der NATO wird es keine friedliche, gerechte und solidarische Welt geben! Eine solche Welt ist aber nötig und möglich! Lasst uns gemeinsam dafür aktiv werden.

Wir fordern

- Nein zur Aufrüstung. Kürzung des Militäretats.
- Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, keine Bundeswehreinheiten im Innern.
- Wir treten ein für eine Welt ohne Militär, somit auch für die Abschaffung der Bundeswehr.
- Nein zur Produktion von Kriegswaffen. Sozialverträgliche Umstellung auf zivile Güter des öffentlichen Bedarfs. Stopp aller Rüstungsexporte, insbesondere an die Türkei, Saudi-Arabien, Katar und andere Krisengebiete. Verbot von Lizenzen und der Verlagerung der Rüstungsproduktion ins Ausland.
- Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag, Atomwaffen raus aus Deutschland.
- Schluss mit dem ständigen Bruch des Völkerrechts, keine Angriffskriege.
- Auflösung aller US- und NATO-Militärstützpunkte in Deutschland. Keine Beteiligung an den US-Drohnenmorden (via Ramstein + Africom).
- Deutschland raus aus der NATO und allen Militärstrukturen der EU.
- Kein Konfrontationskurs mit Russland. Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.
- Solidarität mit Flüchtlingen; Fluchtgründe beseitigen, nicht verursachen.
- Investitionen in soziale Sicherheit, Nachhaltigkeit und Frieden statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg.

Kommt zur Demonstration

am Samstag, 17. Februar 2018 in München 13 Uhr Stachus

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-„SICHERHEITS“KONFERENZ, www.sicherheitskonferenz.de

Bomben und Granaten aus abgereichertem Uran

(...) Schon im ersten Irakkrieg 1991 haben die USA und ihre Alliierten zum ersten Mal Massenvernichtungswaffen in Form von vielen Tonnen Bomben und Granaten aus abgereichertem Uran (englisch: depleted uranium, abgekürzt: DU), auch Uranwaffen oder Uranmunition genannt, eingesetzt [Claus Biegert: DU: Das tödliche Kürzel. Wie das Thema Depleted Uranium aus den Medien verschwand. In: Ronald Thoden (Hg): ARD & Co. Wie Medien manipulieren.]

DU ist ein billiges Abfallprodukt der Atomindustrie bei der Herstellung atomarer Brennstäbe aus Uran 235, enthält aber noch etwa 60 Prozent der Radioaktivität des ursprünglichen Uranerzes auf Grund seines Gehaltes an vor allem Uran 238. Wenn DU in den menschlichen Organismus gelangt, ist es doppelt gefährlich: Als Schwermetall ist es giftig und als Alpha-Strahler schädigt es mit seiner Strahlenwir-

kung die Gewebszellen in der Lunge und den übrigen Organen. Beim Einsatz von Uranwaffen, zum Beispiel gegen Panzer und Stahlbetonbauten, werden die getroffenen Ziele nicht nur in Sekunden zur Explosion gebracht, sondern ein Teil des Urangeschosses entzündet sich auf Grund der hohen Temperaturen durch die Reibungshitze und es entsteht ein Aerosol, das heißt ein Metallgas, das aus mikroskopisch kleinen Partikeln DU besteht und das von den Menschen, die dem ausgesetzt sind, über die Atmung, aber auch über Nahrung und Trinkwasser, aufgenommen werden kann.

Der Einsatz von Uranwaffen im ersten Irakkrieg wurde von den USA und Großbritannien aber zunächst geleugnet, bis der ehemalige US-Justizminister Ramsay Clark 1997 die verbrecherischen Praktiken des Pentagons mit seiner Streitschrift mit dem Titel „Metal of Dishonor“ (wörtlich übersetzt: Metall der Unehre, damit ist abgerei-

chertes Uran gemeint) offen gelegt hat. Im zweiten Irakkrieg 2003 sollen es dann mindestens 2000 Tonnen Uranmunition gewesen sein, die gegen Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, Bunker und Bauwerke aus Stahlbeton abgeschossen wurden. Das hat zu den Folgen geführt, die von Frieder Wagner in seinen beiden Dokumentarfilmen, „[Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra](#)“ aus dem Jahre 2003 und „[Deadly Dust- Todesstaub: Uranmunition und die Folgen](#)“ aus 2007, so eindringlich aufgezeigt werden. Sehr informativ und eindrucksvoll ist auch der Dokumentarfilm [Irak: Leiser Tod im Garten Eden](#) von Karin Leukefeld und Markus Matzel aus dem Jahre 2016]. (...)

Der längere Artikel ist hier zu lesen: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=41095>
S. auch: [Bericht über einen neuen wissenschaftlichen Review-Artikel zu dieser Thematik](#)

Alter Summit

lehnt Präsident Trumps Entscheidung bezüglich Jerusalem ab

Die in der Generalversammlung am 8. und 9. Dezember 2017 vertretenen Mitgliedsorganisationen des Alter-Summit-Netzwerks bringen ihre fundamentale Ablehnung der von US-Präsident Trump gewählten Logik des Krieges und der vollendeten Tatsachen bezüglich des Status von Jerusalem zum Ausdruck. Wir unterstützen die Palästinenserinnen und Palästinenser und die zahlreichen Bürger/-innen Israels, die sich der von der israelischen Regierung betriebenen Politik der Kolonisierung, Gewalteskala- tion und Apartheid entgegenstellen; wir unterstützen den legitimen palästinensischen Anspruch auf eine verhandelte und tragfähige Zweistaatenlösung mit international garantierten Grenzen; wir unterstützen Bewegungen, die gegen Kolonisierung kämpfen und für effektive Verhandlungen eintreten. Wir fordern unsere Regierungen auf:

- Präsident Trumps Entscheidung sowie jeden Versuch, die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt des Staates Israel zu erzwingen, entschieden und ausdrücklich zu verurteilen;
- die verbrecherischen Handlungen des israelischen Staates gegenüber der palästinensischen Bevölkerung zu verurteilen;
- alles zu unternehmen, damit beide Seiten einen dauerhaften Frieden aushandeln

und die grundlegenden Rechte der palästinensischen Bevölkerung respektieren;

- die Resolutionen der Vereinten Nationen zur Kolonisierung und zum Status von Jerusalem durchzusetzen;
- den Staat Palästina unverzüglich anzuerkennen.

Wir rufen unsere Schwesterorganisationen auf, diese Forderungen in ihren Ländern und Netzwerken zu unterstützen.

Untersützt von: ATTAC Polen - CADTM CCOO – [CIG](#)- CG FGTB- CGT- CNE- Fondation Copernic- FSU - Intersindical Valenciana- SNES-FSU - UGT - USO-- Links

[AlterSummit](#)

[Sammlung der Stellungnahmen zu der Jerusalem-Entscheidung der USA](#)

Palästinensische Gebiete als Müllhalde:

Made in Israel: Exploiting Palestinian Land for Treatment of Israeli Waste, Veröffentlichung von [btselem](#)

Cohen, [RLS](#) in Israel: [Die israelische Linke und die Nahostfrage](#)

Dänemark stimmt für den Ausschluß der Westbank-Siedlungen

Dänemark stärkt Regierungsrichtlinien gegen Investitionen in Projekte jenseits der Grünen Linie. Damit übernimmt das Land eine UN-Resolution, in der die Siedlungen im Westjordanland als Verstoß gegen das Völkerrecht definiert werden. Das dänische Parlament beschloss, israelische Siedlungen im Westjordanland von bilateralen Abkommen mit Israel auszuschließen. Außerdem wurde beschlossen, die staatlichen Richtlinien gegen Investitionen in Projekte jenseits der Grünen Linie durch öffentliche und private Einrichtungen zu stärken. Der Beschluss wurde mit einer Mehrheit von 81-22 Stimmen gefasst, wobei alle Parteien im dänischen Parlament dafür stimmten, mit Ausnahme der rechtsextremen Dänischen Volkspartei.

https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/danemark_siedlungen_ausschluss.pdf

Zwei Israelis zum Antisemitismus-Beschluss des Bundestages, [hier](#)

Krieg gegen Afrîn - Am großen Tisch des Syrien-Pokers

Den Kurden in Syrien bleibt nichts erspart. Den Angriff des IS auf Kobanî mit der materiellen und logistischen Unterstützung der Türken 2014 konnten sie unter unsäglichen Opfern noch abwehren. Bis heute ist die Stadt von den enormen Zerstörungen gezeichnet. Ein Angriff der Türken aus der Luft und zu Lande auf Afrîn ist jedoch angesichts ihrer NATO-Ausrüstungen von ganz anderer Qualität.

Hinzukommt, dass sie die Milizen der Free Syria Army als Vorhut nach Afrîn kommandieren können und die beiden örtlichen Großmächte USA und Russland offensichtlich diskret das Terrain geräumt haben und aus durchaus unterschiedlichen Interessen über den Feldzug aus dem Norden hinwegsehen. Syrien – offenes Land. Dies ist schon lange kein Bürgerkrieg mehr- wenn er es überhaupt einmal war. Hier zählt die Souveränität Syriens genauso wenig wie das Völkerrecht, welches die Grenzen territorialer Integrität wahren möchte und die Intervention nach Gutdünken untersagt.

Die Türkei hatte niemals Zweifel daran gelassen, eine Autonomie der Kurden an ihrer Südgrenze nicht zu akzeptieren. Sie wird zwar durch keine Intervention bedroht – die einzige Situation, die sie zu den jetzigen Schritten berechtigt hätte –, sie fürchtet jedoch die psychologische Auswirkung eines demokratischen Rojava auf die Autonomie- und Selbstverwaltungsansprüche ihrer eigenen Kurden. Offiziell möchte man eine 30 Km „Sicherheitszone“ an der Südgrenze. In Wahrheit zielt der Feldzug auf das gesellschaftliche Modell einer selbstbestimmten basisdemokratischen Verfassung, deren Ausstrahlung alle benachbarten Regime und nicht nur die Diktatur Erdogans zu befürchten haben.

Die Kurden waren also vorbereitet und versuchten das einzige, was ihnen evtl. Schutz vor dem aggressiven und kriegslüsteren nördlichen Nachbarn versprechen konnte. Sie gingen Partnerschaften mit den größten Mächten vor Ort, USA und Russland, ein, deren Labilität sie durchaus nüchtern einschätzten. Sie räumten ihnen Luftstützpunkte und Materialbasen ein – in Afrîn den Russen, in Cizîrê den USA. Den Russen war die Nähe zu ihrem einzigen Mittelmeerstützpunkt Tartus und dem Luftwaffenstützpunkt in Hmeimim in der Provinz Latakia das Motiv. Die USA brauchten die Kurden der YPG für ihren Kampf um Rakka, Deir Al-Sor und schließlich gegen Damaskus, wo sie sich wieder mit den Türken treffen wollten.

Hunderttausende von Flüchtlingen aus Aleppo und anderen Kampfgebieten hatten in Afrîn eine sichere Zuflucht vor dem IS und der Nusrah Front gefunden. Es war

eine von wenigen bisher vom Krieg verschonten Regionen in Syrien, dort hatten diese Terrorbanden keinen Zutritt. Nun beginnt der Verteidigungskampf erneut, nachdem Russland offensichtlich den Luftraum für die türkischen Bomber freigegeben hat. Ein fragwürdiger Deal, der nur damit zu erklären ist, dass die Russen in ihrer Rivalität mit den USA die Tür für die Türken wieder öffnen wollen, um sie aus dem westlichen Lager zu ziehen. Hatten sie bisher immer wieder die Völkerrechtswidrigkeit der US-amerikanischen Intervention gerügt, schließen sie nun die Augen vor dem offenen Völkerrechtsverstoß der Türken. Und diesmal lassen sie auch Damaskus im Stich, denn das syrische Außenministerium hatte die Militäroperation bereits als Verletzung der syrischen Souveränität kritisiert.

Es sollte niemand verwundern, dass die USA in dieser Konstellation ihre Allianz mit den Kurden östlich des Euphrats zur Disposition stellen. Schon aktuell haben sie gegen den Vormarsch der Türken im Westen nichts einzuwenden. Ihr Plan hingegen, die Kurden in Nord-Syrien in der Aufstellung einer 30 000 Frauen und Männer starken Kampftruppe zu unterstützen, war einer der Reizpunkte für Erdogan. Er hat bereits angekündigt, auch weiter nach Osten bis an den Tigris vorzurücken, um dem gesellschaftlichen Projekt der Kurden in Rojava ein Ende zu setzen. Das allerdings würde einen Krieg entfachen, der nicht nur das Dreiländereck Syrien, Türkei und Irak in Flammen setzen würde. Auf jeden Fall sollten die Kurden ihre Lehren aus den Niederlagen ihrer Geschichte gezogen haben, in der ihnen nie die Unterstützung einer Kriegspartei gelohnt wurde. Sie waren immer Spielball der Mächte und sind es auch heute wieder. Wie wenig sie sich übrigens in die Terrorfront gegen Präsident Assad einreihen lassen, zeigt seine Erklärung, dass er hoffe, dass sich die syrische Regierung und die Kurdenpartei PYD darüber einigen könnten, „die nördliche Region vom US-amerikanischen Einfluss und den Unterstützern des Terrors zu befreien“.

Die Bundesregierung bleibt mit ihrer „Bündnisverpflichtung“ im imperialistischen Syrien-Poker stecken: Außenminister Gabriel hatte schon den Raketenangriff der USA auf den Luftwaffenstützpunkt Al Shayrat, ein klares Kriegsverbrechen, für „nachvollziehbar“ erklärt. Zu der nicht minder völkerrechtswidrigen „Operation Olivenzweig“ der Türken hat er nicht mehr zu sagen, als dass sie „unkalkulierbare Risiken mit sich bringe.“ Nicht einmal eine Anrufung des UNO-Sicherheitsrats kommt diesem kleinen Mann, der so gerne ständiges Mitglied am großen Tisch werden möchte, in den Sinn. Dies wird garantiert kein strit-

tiges Thema in den kommenden Koalitionsverhandlungen, denn über die unbedingte Teilnahme an der großen Neuordnung des Mittleren Ostens besteht unter diesen Partnern kein Streit. Kobanî und Afrîn spielen dabei keine Rolle, wenn es um Rüstungsdeals und die Abwehr von Flüchtlingen geht. Das Spiel ist zynisch und der Tisch für die Kurden zu groß, an dem die Karten für das „gamble for Syria“ verteilt werden. Das Spiel ist uralte und wird immer noch mit den Regeln von Verrat, Verkauf und Verbrechen gespielt. Bleibt auch der Sicherheitsrat weiter sprachlos, bleibt nur die Hoffnung auf die internationale Solidarität der Zivilgesellschaft mit den Menschen um ihr Leben und ihre Selbstbestimmung in Afrîn.

<https://www.rubikon.news/artikel/krieg-gegen-afrin>

Bundesausschuss Friedensratschlag Schluss mit den Waffenlieferungen für den völkerrechtswidrigen Krieg Erdogans

Der Bundesausschuss Friedensratschlag fordert alle friedensbewegten Menschen dazu auf, die Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Kriegspolitik des türkischen Präsidenten Erdogan zu unterstützen. Damit protestieren wird auch gegen die Politik der deutschen Bundesregierung, die durch fortlaufende Lieferung von Kriegswaffen an die Türkei, vor allem mit Leopard-Kampfpanzern, grundgesetzwidrig Handlungen zur Vorbereitung eines Angriffskrieges unternommen hat. Der Bundesausschuss Friedensratschlag ist empört darüber, dass die Bundesregierung nicht bereit ist, einen eindeutigen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auch als solchen zu verurteilen. Einmal mehr zeigt sich, dass die machtpolitisch motivierte Kumpagne der deutschen Bundesregierung mit dem Erdogan-Regime weitere Kriege, Instabilität und neue Fluchtursachen für Menschen in dieser Region unterstützt. Wir fordern die Aktiven und Initiativen in der Friedensbewegung auf:

Unterstützt und mobilisiert für die Proteste gegen Erdogans Krieg und wendet euch gegen die Kriminalisierung kurdischer Organisationen, die nach den bisherigen Schrecken des Krieges in Syrien einen säkularen, demokratischen Wiederaufbau in der Region voranbringen wollen.

Einige Lektüre-Vorschläge

Marxte noch Mal?! Doppelheft der Zeitschrift «LuXemburg» zum Marx-Jubiläumsjahr mit Beiträgen von Frigga Haug, Elmar Altvater, Alex Demirović, Hans-Jürgen Urban, Karl-Heinz Roth, Jeremy Corbyn u. v. m.

Wissenschaftlicher Beirat von Attac Frankreich - Zeitschrift "**Les Possibles**" - Thema von Dez.2017 "Unabhängigkeit - wovon - von wem?"



<https://www.isw-muenchen.de>

Pepe Escobar: From the Caucasus to the Balkans, **China's Silk Roads** are rising

Jürgen Pelzer: **Zeitgenosse Böll**: Wie kaum ein anderer hat der vor 100 Jahren in Köln geborene Schriftsteller die Zustände in der alten BRD kritisch analysiert. Wer seine Bücher erneut zur Hand nimmt, stößt auf das damals Unerledigte und Verdrängte, **jw**



Attac Österreich(Hrsg.):
Buch **Entzauberte Union**.

Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist

Rekordarmut in Südeuropa, Militär gegen Flüchtende, der Brexit am Horizont - die Europäische Union steckt in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen. Doch hat die EU überhaupt das Potenzial, jenes „soziale und demokratische Europa“ zu werden, das uns seit Jahrzehnten als politisches Idealbild präsentiert wird?

Um Antworten darauf zu finden ist es nötig, viele unserer lieb gewonnenen EU-Bilder zu entzaubern. Denn in ihrem Kern ist die EU ein Raum verschärfter Konkurrenz – sowohl zwischen den EU-Staaten als auch auf globaler Ebene. Doch wenn die EU nicht zu retten und auch eine Rückkehr zum Nationalstaat keine Lösung ist – was dann?

<http://www.attac.at/events/buch-entzauberte-union.html>

Kongress

**Ein anderes Europa ist möglich!
demokratisch, friedlich, ökologisch,
feministisch, solidarisch**

Universität Kassel,
5. - 7. Oktober 2018

Attac Deutschland organisiert 2018 einen großen
Kongress zu Europa und zur Europäischen Union.

Mit dem Kongress wollen wir nicht nur unsere Kritik an der herrschenden Politik in Europa und insbesondere in der EU formulieren, sondern auch unsere Vision von einem demokratischen, sozialen, gerechten, ökologischen und friedlichen Europa diskutieren und uns über unsere vielfältigen Aktivitäten, Kämpfe, Widerstände und alternativen Ansätze zur Verwirklichung dieser Vision austauschen.

Dabei wollen wir nicht stehen bleiben.

Kritik bleibt stumpf und Visionen helfen wenig, wenn es keine Strategie zur Transformation der politischen Institutionen und keine konkreten politischen Projekte zu ihrer Durchsetzung gibt.

Deshalb werden wir uns beim Kongress einerseits mit den unterschiedlichen Konzepten für ein solidarisches, sozial-ökologisches Europa beschäftigen sowie entsprechende Transformationsansätze in solidarischer Landwirtschaft, Ökonomie u.a. diskutieren.

Andererseits wollen wir bereits bestehende Ansätze und Konzepte wie den Europarat, OSZE, "Das gemeinsame Haus Europa" und weitere auf ihr emanzipatorisches Potenzial hin überprüfen.

Es ist uns wichtig, im Laufe des Kongresses kontroverse Positionen klar zu benennen. Diese Themen sind auch im emanzipatorischen Lager kontrovers. Wir wollen im Geist einer pluralen Mosaiklinken alle Strömungen zu Wort kommen lassen.

Dabei soll der Blick immer wieder auf das gelenkt werden, was Differenzen überbrückt und die verschiedenen Strömungen eint, und wo sich somit Schnittstellen für gemeinsame Forderungen und Kampagnen ergeben.

Als Ergebnis des Kongresses erhoffen wir uns nicht nur die bessere Kenntnis unterschiedlicher Positionen, sondern vor allem auch Bewusstsein für das Verbindende und mögliche gemeinsame politische Projekte.

Wir führen den Kongress mit Kooperationspartnern durch. Darüber hinaus sind Organisationen, die sich für Veränderungen in Europa engagieren, willkommen. Es besteht die Möglichkeit, selbstorganisierte Workshops zum Thema durchzuführen.

**Kommt zum Kongress nach Kassel.
Das Europa, das wir kennen,
ist nicht das Europa, das wir wollen!**